

Palästina Journal

Ausgabe 16 · September 2020
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft



Einverleibung

Der Trump-Plan: Annexion, Vertreibung und Apartheid
Siedlungen

Appell Palästinas

An die Völker und Staaten der Welt

Deutsche und EU-Nahostpolitik

EUGH: Waren aus Siedlungen müssen gekennzeichnet sein
UN-Sonderberichterstatter warnen Bundesregierung

IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Detlef Griesche (Bremen)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Jürgen Sandler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2020 einmal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu
können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODE33SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Bil'in: Demonstration in Bil'in, Westjordanland, ge-
gen Mauer und Siedlung am 27. Februar 2015 an-
lässlich von zehn Jahren Protest gegen die Mauer.

FOTO // YOTAM RONEN / ACTIVESTILLS.ORG

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 16 · September 2020



- 03 Nachrichten aus Palästina //** Präsident Abbas kündigt Abkommen / UN-Sonderausschuss appelliert an Internationale Gemeinschaft / Gewalt gegen Fischer / Armeegewalt / Besucherlaubnis / Einbruch bei Finanzen / Gewalttätige Angriffe von Siedlern gestiegen / B-Gebiet soll C-Gebiet werden / Diskriminierung palästinensischer Arbeiter*innen / Hauszerstörungen / Besatzungsmacht verspricht 700 Wohnungen – und genehmigte sechs / Besatzungswillkür / Internationaler Strafgerichtshof / Bevölkerung 2019 / Alptrumhafte Festnahme / Banksy spendet 2,5 Millionen Euro / Armut durch Corona / UN veröffentlicht Liste von Firmen, die von Besatzung profitieren. / Textilmanufaktur in Gaza / Gefängnisordnung nur auf Hebräisch
- 07 Schwerpunkt: Einverleibung //** Der Trump-Plan: Annexion, Vertreibung und Apartheid
- 08 Schwerpunkt: Einverleibung //** Appell Palästinas an die Völker und Staaten der Welt
- 09 Schwerpunkt: Einverleibung //** Eine Hiobsbotschaft
- 10 Schwerpunkt: Einverleibung //** Ein Staat Palästina und das Problem der „Siedlungen“ und „Siedler*innen“
- 12 Deutschland, EU und Nahost //** Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entscheidet für Meinungsfreiheit / Asselborn-Initiative gegen Israels Annexionspläne / UN-Experten warnen Bundesregierung / DIE LINKE sagt Nein zur Annexion / EuGH: Waren aus Siedlungen müssen gekennzeichnet sein / Bundesregierung: Internationaler Strafgerichtshof darf nicht zu Palästina urteilen / EU schließt israelische Siedlungen aus dem Horizon-Projekt aus / Deutsch-Palästinensischer Lenkungs Ausschuss / Deutsch-palästinensische Forschungsprojekte
- 14 Schwerpunkt: Einverleibung //** Völlige Unabhängigkeit oder völlige Gleichheit – Reaktionen in Palästina auf die drohende Annexion
- 16 Schwerpunkt: Einverleibung //** Mitri Raheb, Betlehem: Palästinenser leiden doppelt unter Corona
- 17 Aktivitäten //** Auf ein Wort! / Spendenprojekt: Sahber – Limonade mit Kaktusfeige / Zum Abkommen der Vereinigten Arabischen Emirate mit Israel / DPG Beitrittserklärung
- 18 Aktivitäten //** Neue Faktenblätter / Jahreshauptversammlung verschoben / Bonn musste Palästina-Gruppen für Fest „Vielfalt!“ zulassen / Kunst oder Zensur? / Brief an Auswärtigen Ausschuss / Offener Brief an Außenminister Maas / DPG-Vizepräsidentin abgeschoben / Zum Tod von Norbert Blum / Hilfspakete für Gaza / Neue DPG-Gruppe in Münster / Zur Stellungnahme des Rates der EKD zu BDS
- 21 Schwerpunkt: Einverleibung //** UN-Sicherheitsrat zu Israel/Palästina
- 23 Weltweite Solidarität //** DGB nimmt keine Stellung / KoPI-Erklärung / Kairos-Aktion vor Bischofssitzen / Corona-Schutz für palästinensische Gefangene gefordert / Promis wollen Bann von Siedlungswaren / Studierendenprotest / NOA protestiert gegen Vertreibung / Protest gegen Microsoft / AXA: Schluss mit der Finanzierung der israelischen Apartheid / Kirchen lehnen Trumps Nahost-Plan ab
- 25 Medienempfehlungen //** Filme / Bücher
- 27 Brief //** Mein Vater
- 28 Kunst //** Forensic Architecture

Liebe Leser*innen,

seit dem 1. Juli ist Palästina durch Annexion bedroht. Annexion oder Einverleibung hat es zwar zuvor schon de facto gegeben und findet weiterhin statt, doch mit dem Rückhalt der US-Regierung könnte Israel versuchen, Gebiete im Westjordanland auch de jure zu annektieren – alles gegen das Völkerrecht. Lesen Sie in dieser Ausgabe über Methoden und den Widerstand gegen die Annexion.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

ABBAS KÜNDIGT ABKOMMEN

Präsident Mahmoud Abbas hat am 20. Mai 2020 alle mit Israel und den USA unterzeichneten Abkommen und Vereinbarungen aufgekündigt. Wie die palästinensische Mission in Berlin informierte, machte er mit sofortiger Wirkung gegenüber der Internationalen Gemeinschaft Israel für das besetzte Palästina verantwortlich.

„Die PLO und der Staat Palästina sind ab heute von allen Abkommen und Vereinbarungen mit der amerikanischen und israelischen Regierung sowie von allen Verpflichtungen befreit, die auf diesen (...) beruhen, einschließlich der Sicherheitsvereinbarungen“, sagte Präsident Abbas nach einem Dringlichkeitstreffen der palästinensischen Führung in Ramallah. Maßnahmen seien bereits eingeleitet, internationalen Abkommen und Konventionen beizutreten, denen der Staat Palästina bisher noch nicht beigetreten ist.

Auch bekräftigte Abbas das palästinensische Engagement für die UN-Resolutionen und einschlägigen arabischen, islamischen und regionalen Resolutionen sowie die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung, die in Anwesenheit einer dritten Partei an der Grenze akzeptiert wird. Letztere setze Verhandlungen unter internationaler Schirmherrschaft und einer internationalen Friedenskonferenz, die auf internationaler Legitimität basiert, voraus. Er rief alle Länder auf, Maßnahmen zu ergreifen und Sanktionen zu verhängen, damit Israel seine Annexions-Pläne nicht umsetzen und nicht weiterhin die Rechte des palästinensischen Volkes verweigern kann.



FOTO // PA
Präsident Mahmoud Abbas hat am 20. Mai 2020 alle mit Israel und den USA unterzeichneten Abkommen und Vereinbarungen aufgekündigt.

GEWALT GEGEN FISCHER

Im Jahr 2019 gab es 351 Übergriffe gegen Fischer in Gaza. Wie die Menschenrechtsorganisation Al Mezan berichtete, wurden 16 Fischer verletzt und 15 Boote beschlagnahmt. Außerdem verhängte Israel Restriktionen für Fischer als Kollektivstrafe, nachdem Brandballons und Raketen aus Gaza gestartet wurden. Al Mezan vermutet jedoch, dass das wirkliche Ziel die Zerstörung des gesamten Fischereisektors ist. Die Fischereiindustrie ist traditionell ein Eckpfeiler der Wirtschaft des Gazastreifens. In den letzten Jahren ist sie geschrumpft. Im Jahr 2000 arbeiteten ca. 10.000 Palästinenser*innen im Fischereisektor, jetzt sind es noch 2.000, die regelmäßig fischen.

ARMEEGEWALT

Übermäßige Gewaltanwendung und Kollektivstrafe durch die israelische Armee hat das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR) beklagt. Am 6. Februar erschoss das israelische Militär zwei Menschen, darunter einen palästinensischen Polizisten, während es in Jenin eindrang und ein Haus eines Gefangenen zum zweiten Mal zerstörte. Ein dritter Palästinenser wurde am selben Tag von einem israelischen Scharfschützen bei einem Protest in Hebron getötet.

UN-SONDERAUSSCHUSS APPELLIERT AN INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT

Im 51. Report des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken bezüglich der Menschenrechte der Palästinenser*innen und anderer Araber*innen in den besetzten Gebieten, der im September 2019 der UN Generalversammlung vorgelegt wurde, wird von der internationalen Gemeinschaft gefordert:

- Israel aufzufordern, seine Besetzung des besetzten palästinensischen Gebiets, d.h. des Westjordanlandes, einschließlich Ost-Jerusalems und des Gazastreifens, sowie des besetzten syrischen Golan gemäß den Resolutionen 242 (1967) und 497 (1981) des Sicherheitsrates einzustellen;
- ihren Einfluss zu nutzen, um die Blockade des Gazastreifens zu beenden und insbesondere, um die akute humanitäre Krise unverzüglich anzugehen;
- ihren Einfluss zu nutzen, um alle Siedlungstätigkeiten im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem einzustellen;
- das Muster der Nichtzusammenarbeit Israels mit den Vereinten Nationen zu untersuchen;
- ihre rechtlichen Verpflichtungen, wie sie in dem Mauer-Gutachten des Internationalen Gerichtshofs aus dem Jahr 2004 enthalten sind, zu erfüllen;
- Überprüfung der nationalen Politiken, Rechtsvorschriften, Verordnungen und Durchsetzungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit, um sicherzustellen, dass sie wirksam dazu beitragen, das erhöhte Risiko von Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten zu verhindern und anzugehen;
- sicherzustellen, dass Unternehmen die Menschenrechte achten und keine kommerziellen Transaktionen mit Organisationen und Einrichtungen finanzieren oder abschließen, die an Siedlungen oder der Ausbeutung natürlicher Ressourcen im besetzten palästinensischen Gebiet und im besetzten syrischen Golan beteiligt sind.

EINBRUCH BEI FINANZEN

Die Weltbank rechnet mit einem Defizit der Palästinensischen Autonomiebehörde von einer Milliarde Dollar für 2020, die PA hält 1,4 Milliarden für wahrscheinlich. Die direkten Zuschüsse an die PA könnten auf 266 Millionen Dollar sinken, die niedrigste Auszahlung seit zehn Jahren. Bereits im vergangenen Jahr wuchs die Wirtschaft nur mäßig (0,9%). Die Weltbank führte das auf den Rückgang von privatem und öffentlichem Konsum sowie Investitionen zurück.

FOTO // URSULA MINDERMANN



ERSTRITTENE BESUCHSERLAUBNIS

Erst nach einer Eingabe an den Obersten Gerichtshof durften drei Schwestern aus Israel ihren kranken Bruder in Gaza besuchen. Wie die israelische Menschenrechtsorganisation Hamoked mitteilte, hatten die drei Schwestern, die in Südisrael leben, ihren kranken Bruder im Gazastreifen besuchen wollen, der vor einer Herzoperation stand.

B-GEBIET SOLL C-GEBIET WERDEN

Das palästinensische Außenministerium hat die israelische Beschlagnahmung palästinensischer Ländereien in der Ortschaft Qaryout im Südwesten der Stadt Nablus verurteilt. Seit 1993 ist es das erste Mal, dass Israel Land vom B-Gebiet, das unter palästinensischer Verwaltung steht, abtrennt und es in C-Gebiet mit vollständiger israelischer Kontrolle umdeklariert.

Das Ministerium über den Besiedlungsplan, der die Annexion von mehr als 700 Dunam palästinensischen Landes zum Ausbau der völkerrechtswidrigen Siedlung Eli vorsieht: „**Wir haben immer vor dem kolonialen Siedlungsplan gewarnt, der auf das südwestliche Gebiet von Nablus und die Errichtung eines riesigen Siedlungsblocks abzielt. Dieser soll mit dem Block im Distrikt Salfit und den in Bezirk Qalqilia verbunden werden und sich bis auf das Gebiet Israels erstrecken**“, heißt es in der Pressemitteilung.



FOTO // NAZIH MUSHARBASH

Land von Einwohner*innen der palästinensischen Gemeinde Nilin wurde für eine völkerrechtswidrige israelische Kolonie enteignet.

BEVÖLKERUNG 2019

Im Jahr 2019 lebten 2.986.714 Palästinenser*innen in der West Bank, 1.989.970 im Gazastreifen (Palästinensisches Statistikbüro) und 1.930.000 Palästinenser*innen in Israel (Israelisches Statistikbüro).

ALLTÄGLICHE SIEDLERGEWALT

Am 6. Mai 2020 griffen zehn jüdische Siedler-Kolonisten, die aus der „aufgelösten“ Siedlerkolonie Homesh kamen, einen palästinensischen Hirten aus Beit Imrin an, der seine Herde zwischen Homesh und Burka weidete, und verwundeten ihn. Am 21. Mai 2020, drangen jüdische Siedler-Kolonisten in das palästinensische Dorf Yatma ein, griffen zwei junge Männer an, die vor ihrem Haus saßen und Wasserpfeife rauchten, und verwundeten sie. Sie griffen ein Haus an, warfen Steine, schlugen zwei Fenster ein und rannten dann auf die Straße, wo zwei Fahrzeuge auf sie warteten. Vom 21. Mai bis 23. Mai, brachten jüdische Siedler-Kolonisten vom Außenposten Mitzpe Yair in den Hügeln von Süd-Hebron jeden Tag in den frühen Morgenstunden ihre Schafe in Getreidefelder von Palästinenser*innen aus Qawawis und zerstörten die Ernten. Sie entkamen, bevor die Polizei eintraf. Die alltäglichen Gewalttätigkeiten werden von einem israelischen Menschenrechtsaktivisten dokumentiert.

www.icaad.de/sagt-nicht-ihr-haettet-es-nicht-gewusst-nr-694/

GEWALTÄTIGE ANGRIFFE VON SIEDLERN GESTIEGEN

Seit der Corona-Krise haben israelische Siedler*innen ihre Angriffe auf Palästinenser*innen verstärkt. Trotz Lockdowns haben die Angriffe nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem zugenommen. In den ersten drei Aprilwochen waren es bereits so viele wie im gesamten März, 23 Fälle. Im Januar waren es 11. UN-Ocha hat im März 38 und im April 41 Gewalttätigkeiten gegen Palästinenser*innen und deren Eigentum registriert. Die Siedler tragen in manchen Fällen Waffen, greifen mit Elektroschockern und scharfen Hunden an. Sie greifen Häuser an, zerstören Autos, Olivenbäume und andere Pflanzen und stehlen Vieh, führt B'tselem aus.

OBERSTER RICHTSHOF: SIEDLUNGSGESETZ ILLEGAL

Der Israelische Oberste Gerichtshof hat im Juni 2020 ein Gesetz aus dem Jahr 1977 für nichtig erklärt, das rückwirkend den Bau von tausenden Siedler-Häusern autorisiert hatte, die auf Land gebaut sind, das sich im Privatbesitz von Palästinenser*innen in der besetzten Westbank befindet. Dies hat der Nachrichtenkanal „The New Arab“ berichtet.

PALÄSTINENSISCHE ARBEITER*INNEN OHNE SCHUTZ

Vor dem Lockdown waren fast 130.000 palästinensische Arbeiterinnen und Arbeiter in der West Bank gezwungen, in Israel oder den illegalen Siedlungen zu arbeiten, um zu überleben. Wie überall in der Welt zeigt die Pandemie, dass diese ausgebeuteten Arbeiter*innen eine Arbeit leisten, von der die israelische Wirtschaft abhängig ist. Deshalb hat der israelische Staat trotz der aktuellen Gesundheitskrise 40.000 dieser Arbeiter*innen aufgefordert, weiterhin in Israel zu arbeiten, während die Israelis ihre Wohnungen nicht verlassen dürfen.

Obwohl palästinensische Arbeiter*innen laut israelischem Recht seit 1970 dieselben Rechte haben wie die israelischen Arbeiter*innen und obwohl sie gemäß dem Oslo-Abkommen seit 1993 Beiträge an die israelische Gewerkschaft Histadrut zahlen, sorgt diese Gewerkschaft nicht für ihren Schutz. In Folge der Einschränkungen hat die israelische Regierung der israelischen Arbeiterschaft Arbeitslosenunterstützung gewährt, davon aber die palästinensischen Arbeiter*innen ausgeschlossen, obwohl sie Beiträge zahlen.

WAC-MAAN, Kav Laoved und der israelische Bürgerrechtsverband (Association for Civil Rights in Israel) weisen außerdem darauf hin, dass die israelische Regierung möglicherweise den Kranken-Unterstützungsfonds (Sick Pay Fund) nutzt, in den die palästinensischen Arbeiter*innen in den vergangenen Jahrzehnten eingezahlt haben, ohne dass sie im Krankheitsfall eine Lohnfortzahlung beantragen konnten.

HAUSZERSTÖRUNGEN

Laut Ir Amin Bericht, einer Jerusalemer Nichtregierungsorganisation, zerstörten die israelischen Behörden im Jahre 2019 104 palästinensische Häuser und 117 Läden/Werkstätten in Ost-Jerusalem. 40 von ihnen mussten vom Eigentümer selbst zerstört werden. Am 9. Februar 2020, musste eine palästinensische Familie aus Jabal Al Mukaber, einer Gemeinde, die an Jerusalem grenzt, ihr eigenes Haus zerstören. Das geschah, nachdem das Gericht entschieden hatte, dass andernfalls der Staat das tun würde und sie die Kosten von 45 000 Schekel zu bezahlen hätten. Fünf Personen wurden obdachlos. Palästinenser*innen gelingt es fast nie, eine Bauerlaubnis zu erhalten. www.icahd.de

BESATZUNGSMACHT VERSPRACH 700 WOHNUNGEN – UND GENEHMIGTE SECHS

Im Jahr 2019 hat die israelische Regierung Baugenehmigungen für 700 palästinensische Wohnungen zugesagt, nachdem die von der israelischen Regierung veranlassten Hauszerstörungen international stark kritisiert wurden. Die israelische Friedensorganisation Peace Now hat nach einem Jahr nachgefragt, wieviele Baugenehmigungen tatsächlich erteilt worden sind. Sie kam auf ganze sechs Wohnungen. In neun Sitzungen des Civil Administration Licensing Subcommittee der Besatzungsmacht ist ein Gebäude mit sechs Wohnungen im C-Gebiet der Westbank genehmigt worden.

BESATZUNGS-WILLKÜR

Im Februar 2019 veröffentlichte das Ministerium für strategische Angelegenheiten einen Bericht, in dem palästinensische Menschenrechtler*innen und Aktivist*innen der Kampagne Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) als „Terroristen in Anzügen“ bezeichnet wurden. Unter ihnen befanden sich der Generaldirektor der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al-Haq, Shawan Jabarin, Raji Sourani, der Direktor des Palästinensischen Zentrums für Menschenrechte, und Salah Hamouri, ein Jurist der Gefangenenhilfsorganisation Addameer. Am 19. September 2019 durchsuchten die israelische Armee das Büro von Addameer in Ramallah und beschlagnahmte PCs. Am 30. Juli 2020 verhaftete die Armee BDS-Koordinator Mahmoud Nawajaa.

INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF: HINWEIS AUF KRIEGSVERBRECHEN

Am 20. Dezember 2019 gab die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) bekannt, dass die Voruntersuchungen zur „Situation in Palästina“ Hinweise auf Kriegsverbrechen ergeben hatten, die in den besetzten palästinensischen Gebieten begangen worden waren. Alle gesetzlich festgelegten Voraussetzungen für die Eröffnung eines Verfahrens wären somit erfüllt. Bevor mit der Untersuchung fortgefahren werden kann, müssen die IStGH-Richter*innen der Chefanklägerin noch bestätigen, dass das Gebiet, für das der IStGH Recht sprechen soll, auch das Westjordanland, Ost-Jerusalem und den Gazastreifen einschließt.

PALÄSTINENSER*INNEN IN DER KNESSET – SCHWINDENDER HANDLUNGSSPIELRAUM

Ein neuer Amnesty Bericht „Gewählt, aber mit Einschränkungen – schwindender Handlungsspielraum für palästinensische Parlamentarier in der israelischen Knesset“ beschreibt im Detail, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung palästinensischer Knesset-Mitglieder durch diskriminierende Gesetzesänderungen, Gesetzesentwürfe und Knesset-Regeln gefährdet wird. Er beleuchtet auch die hetzerische Rhetorik, die von Ministern der israelischen Regierung benutzt wird, um palästinensische Abgeordnete zu stigmatisieren und enthüllt, wie Gesetzesentwürfe, die von palästinensischen Parlamentarier*innen vorgestellt werden, auf unfaire und diskriminierende Weise in der Knesset gar nicht erst zur Diskussion kommen.

MISSHANDLUNG VON JERUSALEM-MINISTER

Der Minister für Jerusalem-Angelegenheiten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Fadi al-Hadami berichtet von seiner „alpträumenhaften“ Festnahme und Misshandlung am 3. April in Jerusalem. Er legte Beschwerde gegen israelische Polizeioffiziere ein, die ihn beschimpft und geschlagen hätten und ihn zwangen, während seines Arrests eine dreckige und blutige Maske zu tragen. Al-Hadami war auf den Verdacht hin verhaftet worden, dass er im Namen der PA die Reaktion auf den Coronavirus in Ostjerusalem koordiniert habe, was unter israelischem Gesetz illegal ist. Israel sieht jede Gegenwart der PA in Jerusalem als eine Verletzung des Oslo-Abkommens.

UN VERÖFFENTLICHT LISTE VON FIRMEN, DIE VON BESATZUNG PROFITIEREN

Der fortschreitende Ausbau der völkerrechtswidrigen Siedlungen im besetzten Westjordanland, in Ostjerusalem und in den annektierten Golanhöhen wird durch israelische und internationale Firmen begünstigt. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat am 12. Februar 2020 eine Liste von Unternehmen veröffentlicht, die durch ihre Tätigkeit im besetzten Gebiet den Aufbau und das wirtschaftliche Fortbestehen der Siedlungen gewährleisten. Sie machen sich dadurch mitschuldig an Völker- und Menschenrechtsverletzungen durch Israel. Die Veröffentlichung folgt zunehmendem Druck, den Handel mit Produkten aus illegalen Siedlungen in besetztem Gebiet vollständig zu untersagen. Unter den Firmen sind u. a. booking.com und airbnb.

BANKSY-MILLIONEN FÜR WESTBANK-KLINIK

Der britische Künstler Banksy hat ein Bild versteigern lassen und spendet das Geld an eine Klinik im Westjordanland. Wie zahlreiche Medien berichteten, brachte das Werk „Mediterranean

Sea View 2017“ auf einer Auktion von Sotheby's in London 2,47 Millionen Euro ein. Es besteht aus drei Ölgemälden, auf denen eine Küste am Mittelmeer mit angespülten Rettungswesten zu sehen ist. Mit dem Geld soll ein Zentrum für akute Schlaganfälle aufgebaut werden und Hilfsmittel für die Rehabilitation von Kindern beschafft werden.



ARMUT DURCH CORONA

Das palästinensische Ministerium für soziale Entwicklung (MoSD) schätzt, dass in den ersten beiden Corona-Monaten mindestens 53.000 Familien aufgrund des Verlusts einer Einkommensquelle in Armut gestürzt sind. Dies zusätzlich zu jenen Familien, die aufgrund der ohnehin außerordentlich hohen Arbeitslosenrate in Gaza, Westjordanland und Ostjerusalem bereits unter der Armutsgrenze leben müssen.

Am 5. März wurde Betlehem und der für die Arbeiter*innen und für den Tourismus so wichtige Checkpoint 300 aufgrund von Covid-19 abgeriegelt, zehn Tage später folgte das gesamte Westjordanland. Zigtausende Palästinenser*innen verloren schlagartig ihre Arbeit. In den ersten Wochen sorgte noch der soziale und finanzielle Zusammenhalt der Familien sowie Ersparnisse dafür, dass die Menschen weiterhin Nahrungsmittel und Dinge des täglichen Bedarfs kaufen konnten. Auch Kirchen und Moscheen versuchten, zu helfen. Mittlerweile sind jedoch die lokalen Ressourcen erschöpft, die Ersparnisse der Familien, sofern sie vorhanden waren, aufgebraucht. Hilfsorganisationen vor Ort, wie die Caritas Jerusalem, berichten davon, immer mehr Nahrungsmittelhilfe und Hygienepakete an verarmte Familien ausliefern zu müssen.

HEIDELBERGCEMENT PROFITIERT VON BESATZUNG

In al-Zawiya und Rafat leidet die palästinensische Bevölkerung unter der Verschmutzung, die durch das Zerkleinern von Kies im Steinbruch Nahal Raba entsteht. Die Verletzungen der palästinensischen Rechte durch das Unternehmen HeidelbergCement, das den Steinbruch betreibt, werden von der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al-Haq und SOMO*, Zentrum zur Untersuchung multinationaler Unternehmen, Niederlande, dokumentiert.

Der Steinbruch befindet sich auf dem Land von al-Zawiya. Es wurde Anfang der 1980er Jahre von den israelischen Besatzungstruppen beschlagnahmt. Die Bewohner*innen hatten das Land landwirtschaftlich genutzt. Heute werden dort täglich ca. 4.000 Tonnen Kies produziert, mit dem Beton und Asphalt hergestellt wird. Da der Steinbruch bald ausgebeutet sein wird, beantragte das Unternehmen die Genehmigung für weitere 25 Hektar Land. Die Ausweitung umfasst auch Land des palästinensischen Dorfes Rafat. HeidelbergCement erklärte, es warte eine endgültige Entscheidung der israelischen Besatzungsbehörden ab. Das Unternehmen bestreitet, dass sein Steinbruch auf beschlagnahmtem palästinensischen Land liegt und beruft sich auf eine israelische Lizenz und auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofs von 2011. Dieses Urteil „legalisierte“ aber nur die Plünderung der palästinensischen Ressourcen nach israelischem Recht. Völkerrechtlich ist die Ausbeutung besetzter Gebiete ein schweres Verbrechen.

GEFÄNGNISORDNUNG NUR AUF HEBRÄISCH

Die israelischen Justizvollzugsbehörden haben eine Anfrage der Vereinigung für Bürgerrechte in Israel (ACRI) verweigert, Gefängnisordnungen ins Arabische zu übersetzen. Die Behörden argumentierten, dass das Nationalstaatsgesetz dies nicht vorsehe. Dieses Gesetz diskriminiert Palästinenser*innen auch durch die Herabstufung der arabischen Sprache.

ANWENDUNG DES ANTI-BOYKOTT-GESETZES

Das israelische Anti-Boykott-Gesetz wurde angewendet, wie Amnesty International in ihrem Jahresbericht 2019 berichtet, um gegen Aktivist*innen und Organisationen vorzugehen, die sich kritisch zur Politik Israels geäußert hatten. Im November 2019 bekräftigte das Oberste Israelische Gericht die Ausweisung von Omar Shakir, dem Direktor von Human Rights Watch Israel und Palästina, die sich auf dieses Gesetz stützte. Im Juni 2019 berief sich das staatliche Energieunternehmen Energix auf das Gesetz und verklagte Al-Marsad – Arabisches Menschenrechtszentrum auf den Golanhöhen, nachdem die Nichtregierungsorganisation über ein umfangreiches Windenergie-Projekt auf Privatland, das syrischen Staatsangehörigen auf den besetzten Golanhöhen gehört, berichtet hatte.

VERHINDERTE ABSCHIEBUNG

In der Nacht vom 21. auf den 22. Juli 2019 versuchten die israelischen Behörden, Mustafa al-Kharouf nach Jordanien abzuschieben. Der palästinensische Fotojournalist besitzt weder die jordanische Staatsangehörigkeit noch eine Aufenthaltsgenehmigung für das Land. Kurz zuvor hatte er Menschenrechtsverletzungen der israelischen Sicherheitskräfte in Ost-Jerusalem dokumentiert. Jordanien blockierte den Abschiebeversuch, der nach Einschätzung von Amnesty International einem Kriegsverbrechen gleichgekommen wäre. Mustafa al-Kharouf war vom 22. Januar 2019 bis zu seiner Freilassung unter Auflagen am 24. Oktober 2019 willkürlich inhaftiert.



Textilmanufaktur in Gaza: 40 Näher hat das Unternehmen Hasco angestellt, um Schutzmasken für Gaza und Europa zu nähen. Zwischen dem 14. Juli und 28. Juli stieg die Anzahl der mit Corona Infizierten in Palästina von 7.734 auf 13.938, 34 sind in diesen zwei Wochen gestorben. Die Zahlen veröffentlichte UN-Ocha. In Gaza wurden vier Personen mit Corona getestet. Seit Auftreten des Virus im März gab es dort 76 Fälle. Ein Mensch ist gestorben.

Trump-Plan: Annexion, Vertreibung und Apartheid

Der Trump-Plan negiert die palästinensische Staatlichkeit. Er baut auf abgetrennte Reservate und Ghettos für Palästinenser*innen, ein Element, das das Verbrechen der Apartheid kennzeichnet.

Das Projekt verstößt gegen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts wie die Unzulässigkeit der gewaltsamen Annexion von Gebieten und das Selbstbestimmungsrecht. Die auf der Karte sichtbare Zersplitterung der Palästinenser*innen ist eine Strategie der kolonialen Herrschaft.

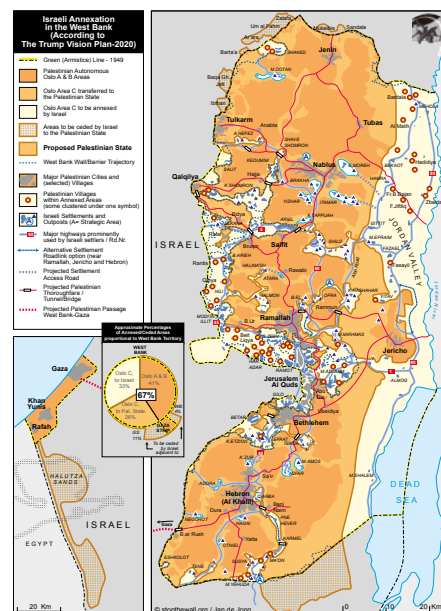
Die Karte zeigt das Ausmaß weiterer Landdiebstähle. Die meisten der annektierten Gebiete sind von

strategischer geopolitischer Bedeutung, um Israel die De-facto-Souveränität über das gesamte ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina und seine Ressourcen zu garantieren.

Das israelische Regime und das gesamte Siedlungsprojekt behandeln das von Israel besetzte palästinensische Gebiet de facto als souveränes Territorium Israels. Der Internationale Gerichtshof (IStGH) hatte in seinem Mauergutachten von 2004 bereits festgestellt, „dass der Bau der Mauer und das damit verbundene Regime eine ‚vollendete Tatsache‘ schafft, die dauerhaft werden könnte; in diesem Fall und ungeachtet der formalen Charakterisierung der Mauer durch Israel käme dies einer De-facto-Annexion gleich“. Die angekündigte Verabschiedung eines Annexionsgesetzes wird die bestehende internationale Verantwortung noch erhöhen.

Die Mauer ist und bleibt eine Maßnahme der Annexion. Die vorgeschlagenen Grenzen der Annexion überschneiden sich mit dem Mauerverlauf, was zeigt, dass die Mauer bereits die Realität der Annexion geschaffen hat. Dort, wo die Annexionspläne weiter in das Westjordanland hineinreichen (siehe insbesondere die Dörfer im Nordwesten Jerusalems, östlich von Jerusalem im Gebiet E1 und im westlichen Bezirk Ramallah), ist die Mauer ein grundlegendes Instrument, um größere palästinensische Bevölkerungszentren in einem isolierten „Niemandesland“ einzugrenzen und ihnen ihre Integration in den israelischen Staat zu nehmen, auch wenn er ihr Land annektiert. Letztlich soll die Bevölkerung aus diesen Gebieten vertrieben werden.

KARTE // JAN DE JONG



Nur 15% des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina bleiben nach dem Trump-Plan den Palästinenser*innen, 85% gehen an Israel.

QUELLE // PEACE NOW

ZAHLEN

Israelische Annexion der Westbank:

1.857.500 Dunam (30 % der Westbank)

Palästinensische Orte in der Westbank:

178 (107.070 Palästinenser*innen)

Palästinensische Viertel in Ostjerusalem:

24 (220.000 Palästinenser*innen, geschätzt)

Vorgesehener „Landtausch“ von Israel an Palästina: 833.000 Dunams

Israelische Palästinenser*innen:

18 Orte, u.a. Umm al-Fahem

(389.078 Palästinenser*innen)

Palästinenser*innen aus Ostjerusalem:

5 (120 000; geschätzt)

Das Transportsystem des Annexionsplans, das auf Tunneln und Brücken basiert, um die Palästinenser*innen getrennt zu halten, führt das bestehende Apartheid-Straßensystem fort, das das historische Straßensystem und die Geographie Palästinas zerstört und auf palästinensisches Land zugreift. Palästinenser, die von Ramallah nach Nablus reisen, werden neue lange Strecken über Salfit (durch eine Unterführung) nehmen müssen. Dasselbe gilt für die Verbindungen zwischen Nablus und Qalqilya/Tulkarm sowie zwischen Hebron und Zielen in der zentralen Westbank.

Die Annexion des Gebietes westlich der Siedlerstraßen Nr. 446 (Modiin-Ariel) und Nr. 45 (Modiin-Jerusalem) zeigt, dass Israel entschlossen ist, strategisch wichtige Landgebiete und Verkehrslinien zu erobern, trotz der großen palästinensischen Bevölkerung dort.

Rund 75 palästinensische Dörfer, Beduinen- und Semi-Beduinen-Gemeinschaften mit etwa 118.000 Einwohnern und die fruchtbarsten landwirtschaftlichen Flächen befinden sich in den Gebieten, die nach dem Trump-Plan annektiert werden sollen. Diese Menschen leiden bereits unter der Annexion.

JAMAL JUMA,

KOORDINATOR VON „STOPPT DIE MAUER“, RAMALLAH

Militärherrschaft

Während Israel seine Fläche von 78% auf 85% des Landes ausdehnt, bleibt für die Palästinenser*innen nur ein Bantustan: kein zusammenhängendes Gebiet, keine Grenze mit den arabischen Nachbarn, keine Kontrolle über das Wasser oder andere lebenswichtige Ressourcen, Verlust von Jerusalem als religiöses, kulturelles und politisches Zentrum, ganz zu schweigen vom Verlust Jerusalems als touristische Sehenswürdigkeit – das sind wirtschaftlich nicht lebensfähige Landstreifen, egal ob man sie Staat oder Gefängnis nennt.

Israel fährt fort, das gesamte Land militärisch zu beherrschen, während die Palästinenser*innen nicht nur keine bewaffneten Streitkräfte haben, sondern ihnen auch das Recht sich zu wehren genommen wird, denn jede Opposition zur israelischen Unterdrückung wird von Trump (darin folgt er Israel) als „Terrorismus“ gebrandmarkt.

Trump drohte den Palästinenser*innen auch, dass, falls sie seinen Plan nicht innerhalb von vier Jahren annehmen sollten, er den Israelis erlauben würde auch auf dem Land, das die Palästinenser*innen bekommen sollen, Siedlungen zu errichten.

Ein Punkt, der fehlte, weil er von Netanyahu und nicht von Trump genannt wurde: vor jedweden Verhandlungen müssen die Palästinenser*innen Israel als JÜDISCHEN Staat anerkennen, eine Forderung, die über die bloße Anerkennung Israels durch Arafat im Oslo-Prozess hinausgeht. Das beeinträchtigt nicht nur die Bürgerrechte von 25-30% der Israelis, die nicht jüdisch sind, sondern zwingt die Palästinenser*innen, die kolonialen jüdischen Ansprüche auf ihr Land für legitim zu erklären.

JEFF HALPER,

ISRAELISCHES KOMITEE GEGEN HAUSZERSTÖRUNG

Appell Palästinas an die Völker und Staaten der Welt – Annexion verhindern

Seit vielen Jahren ist Israel eine Besatzungsmacht, die das Territorium eines anderen Staates besetzt und sein Volk kontrolliert ...

Es ist ein Staat, der dem palästinensischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit verweigert, ebenso die Rechte palästinensischer Flüchtlinge, einschließlich ihres Rechts auf Rückkehr, Eigentum und Entschädigung ...

In letzter Zeit hat sich die Situation weiter erheblich verschlechtert. Wir haben eine zunehmende Entwicklung Israels hin zu Extremismus, Fundamentalismus und sogar Faschismus gesehen. Wir haben auch eine völlige Verletzung von geschlossenen Vereinbarungen gesehen, sowie Versuche, den Siedlerkolonialismus noch weiter auszubauen. Offizielle Vertreter*innen Israels haben Stellungnahmen abgegeben, welche die Existenz und die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes ignorieren und die Absicht bestätigen, das gesamte palästinensische Gebiet zu besetzen ...

Auch Trumps kürzlich herausgegebene, sogenannte „**Vision für Frieden, Wohlstand und eine bessere Zukunft für Israel und das palästinensische Volk**“ ist in Wirklichkeit kein Friedensplan, sondern vielmehr eine Adaptierung einer ungeheuerlichen Ideologie, die ein Groß-Israel vorantreiben möchte. Diese leugnet die nationale Existenz der Palästinenser*innen und stellt den Versuch dar, mögliche Lösungen für „palästinensische BewohnerInnen“ in voneinander getrennten Einheiten zu finden, die sie dann als Staat bezeichnen können. Allerdings nur dann, wenn sie vorab zahlreiche zusätzliche nicht erfüllbare Bedingungen akzeptieren.

Der Plan ebnet den Weg für Israel, große Teile des Westjordanlandes zu annektieren, einschließlich der Gebiete mit illegalen Siedlungen, des Jordantals und des nördlichen Toten Meeres sowie Gebiete westlich der Mauer ...

Es ist die Pflicht der internationalen Gemeinschaft, ihrer Staaten, Völker und zivilgesellschaftlichen Organisationen, dem entgegenzutreten, dies zu verhindern und gegebenenfalls Sanktions- und Abschreckungsmaßnahmen zu ergreifen ...

Es geht darum, das Ziel von Friedensverhandlungen zu bewahren und eine sichere, lebensfähige Zukunft für die Menschen in der Region, einschließlich des palästinensischen und israelischen Volkes in ihrem jeweils unabhängigen Staat, zu ermöglichen.

AUFRUF

WIR BITTEN AUSDRÜCKLICH DARUM, UNVERZÜGLICH MASSNAHMEN ZU ERGREIFEN:

1. Die Annexion des besetzten palästinensischen Gebiets durch Israel ist eine schwerwiegende Verletzung der Grundsätze des Völkerrechts ...
2. Alle Staaten der Welt sollten die einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, einschließlich der Resolution 2334 (2016), einhalten und insbesondere keine Änderungen an den Grenzen von 1967 anerkennen ...
3. Alle Staaten sollten notwendige Maßnahmen gegen Siedlungen, Siedler*innen und Siedlungsprodukte – einschließlich der Verhinderung des Markteintritts solcher Produkte – ergreifen ...
4. Politische Vereinigungen und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten sich dem Versuch einiger Regierungen widersetzen, die oben genannten Maßnahmen zu kriminalisieren ...
5. Alle Staaten, die Beziehungen zu oder Kooperationsabkommen mit Israel haben, sollten Sanktionsmaßnahmen in Bezug auf diese Abkommen ergreifen, falls Israel Schritte unternimmt, um die Annexion umzusetzen.
6. Jene Staaten, die dies noch nicht getan haben, sollten den Staat Palästina mit den Grenzen von 1967 und Ostjerusalem als Hauptstadt anerkennen, wobei die Existenz von zwei Staaten und die Aufrechterhaltung einer politisch ausgehandelten Zwei-Staaten-Lösung anerkannt wird ...
7. Sie sollten die Schritte des Staates Palästina und anderer Länder vor dem Internationalen Strafgerichtshof und vor nationalen Gerichten, die jene israelische Verantwortliche, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, inklusive Annexion, verantwortlich sind, gerichtlich ahnden, unterstützen.
8. Sie sollten die palästinensischen, arabischen und internationalen Bemühungen im UN-Sicherheitsrat, in der Generalversammlung und in anderen internationalen Institutionen gegen jeden israelischen Schritt in Richtung Annexion unterstützen ...
9. Sie sollten die Opposition gegen die sogenannte Trump-Vision unterstützen und alle Positionen von Rechtsextremist*innen und Siedler*innen in Israel und extrem religiösen Rechten in Amerika ablehnen ...
10. Sie sollten das palästinensische Volk, die palästinensische Befreiungsorganisation und die palästinensische Autonomiebehörde in ihrem anhaltenden Kampf gegen die Annexion angesichts Trumps Vision unterstützen, um die nationalen Ziele von Freiheit und Unabhängigkeit zu erreichen.

Dieser Appell wurde vom Vorsitzenden der Yasser Arafat Stiftung, dem ehemaligen palästinensischen UN-Botschafter, Minister und Neffen von Yasser Arafat, Nasser Alkidwa, initiiert und bislang von rund 1000 palästinensischen Persönlichkeiten aus der ganzen Welt unterstützt. In voller Länge: <https://www.yaf.ps/page-1567-en.html>

Auszug aus der Unterschriftenliste:

Abd El-Qader Hussein Faisal Hussein Foundation, Jerusalem; Abdul Rahman Beseiso ehem. Botschafter, Zypern; Afif Safieh ehem. Botschafter, London; Ahmed Qurei' ehem. Ministerpräsident, Jerusalem; Ali Jarbawi ehem. Minister, Univ. Prof., Ramallah; Faisal Hourani Schriftsteller, Ramallah; Atallah Hana ehem. Erzbischof, Jerusalem; George Handal Parlamentsabgeordneter, El Salvador; Gustavo Rouhana Geschäftsmann, Argentinien; Hassan Awad Anwalt, Montreal; Hind Khoury ehem. Ministerin, Jerusalem; Imad Rashdan Künstler, Schweden; Intissar Al Wazir ehem. Ministerin, Gaza; Jad Ishaq ARIJ, Betlehem; Johnny Mansour Historiker, Haifa; Khaled Al-Hroub Historiker, Doha; Khalil Hindi Univ.Prof., Beirut; Khalil Shaheen Banker, Genf; Mahmoud Ma'rouf Journalist, Marokko; Makram Alkhatib Anwalt, Beirut; May-sar Omar Univ.Prof. Brasilien; Michel Sabah ehem. Erzbischof, Jerusalem; Mitri Raheb Prä-s. Dar al-Kalima Univ., Betlehem; Mohammed Eid Ramadan Schriftsteller, Beirut; Munib Masri Geschäftsmann, ehem. jordanischer Minister, Nablus; Mun'im Abu Attaya Soziologe, Madrid; Mustafa Barghouti Pal. Nat. Initiative, Ramallah; Nabeel Kassis ehem. Minister, Univ.Prof., Ramallah; Nabil Abdullah Khoury Unternehmer, Los Angeles; Nabil Anani Künstler, Jerusalem; Nabil Rimlawi ehem. Botschafter, Genf; Nasser Alkidwa Yasser Arafat Foundation, Ramallah; Othman Abdul Rahman Chirurg, Madrid; Raja Shehadeh Anwalt, Schriftsteller, Ramallah; Rashid Khalidi Univ.Prof. Columbia University USA; Salam Fayyad ehem. Ministerpräsident, Univ. Prof. Princeton University; Samir Huleileh ehem. Minister, Geschäftsmann, Ramallah; Sliman Mansour Künstler, Jerusalem; Tayseer Barakat Künstler, Ramallah; Vera Tamari Künstlerin, Jerusalem; Yasser Abed Rabbo ehem. Minister, Ramallah; Zuheir Al Wazir ehem. Botschafter, Ramallah; Zuheira Kamal ehem. Ministerin, Jerusalem

<https://www.yaf.ps/page-1567-en.html>

30. Juni 2020

Israelische Enteignungspraxis: Eine aktuelle Hiobsbotschaft

Kommen Sie gut durch die Nacht! Mit diesem Spruch pflegte der Tagesthemen-Kommentator seine Fernsehzuschauerinnen zu verabschieden. Inzwischen hat sich der Gruß erweitert und lautet: „**Kommen Sie gut durch den Tag!**“ Eine Voraussetzung dafür ist das Wegschauen. Die Medien konfrontieren uns mit dem Elend der Welt, das wir ohnmächtig an uns vorbeiziehen lassen. Wegschauen ist der eingespielte Reflex, den wir ständig benötigen, um uns nicht den Mut nehmen zu lassen und weiter zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Aber es gelingt mir nicht, von einer Geschichte wegzuschauen, die ich hier einfach weitergeben muss.

Obwohl es noch nicht einmal Hoffnung gibt, dass das Weitererzählen dieser Geschichte irgendeine Wirkung haben wird. Hier ist nichts und niemand mehr zu retten. Dennoch: umso wichtiger, dass wir nicht wegschauen und wenigstens bekannt wird, was wir da gerade übersehen. Ein kleiner Aufschrei gegen die Ohnmacht des Schweigens.

DAS WOHNRECHT ENTZOGEN

Die Geschichte der Familie Sumarin erfuhr ich von David Shulman, einem berühmten Indologen an der Hebräischen Universität in Jerusalem und Empfänger des „Israel-Preises“, aber auch Mitglied von Ta'ayush, einer engagierten Gruppe der israelischen Zivilgesellschaft, die sich für das Recht der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten einsetzt. In seinem Blog erzählt er von seinem letzten Besuch bei der Familie Sumarin, die seit Generationen in Wadi Hilweh in Silwan, einem Stadtteil in Ostjerusalem, lebt. Hier soll sich die biblische Geschichte von Hiob zugetragen haben. In Wadi Hilweh wurde kürzlich ein Besucherzentrum der Siedler-Gruppe El'ad errichtet, in dem sie Schulkindern und Touristen ihre nationalistische Geschichte über diesen Ort erzählt, den sie „**die Stadt Davids**“ nennt. Direkt neben dem Besucherzentrum steht das stattliche Steinhaus der Sumarins.

David Shulman hat die arabische Großfamilie oft dort besucht. Der Großvater hat das Haus in den fünfziger Jahren gebaut. Er starb 1982, nach 1989 lebten seine drei Söhne außerhalb Israels und Palästinas. Diese Tatsache erlaubte es der Regierung, das Haus der Familie in die Hände eines staatlich eingesetzten „Wächters verlassenen Eigentums“ zu geben, und zwar mit Hilfe eines notorischen Gesetzes, das immer wieder zur Enteignung palästinensischen Grundbesitzes eingesetzt wird. Der Wächter überreignete Haus und Grund-

FOTO // RÖM



Ostjerusalem, Stadtteil Silwan. Im Vordergrund eine touristische Stätte der Siedlergruppe El'ad, Teil der „City of David“.

stück dem Jüdischen Nationalfonds. Immerhin wurde der Neffe des Großvaters, der bereits seit langem mit Frau und Kindern in dem Haus wohnte und sich um den Onkel gekümmert hatte, noch als legitimer Bewohner anerkannt. Als aber dieser Neffe 2015 starb, entzogen die israelischen Behörden seiner Witwe sowie den Kindern und Enkeln das Wohnrecht und ordneten die Evakuierung an. Die Familie wehrte sich mit allen rechtlichen Mitteln gegen diese Entscheidung. Im September 2019 wurde das Urteil durch den Jerusalem Magistrate Court bestätigt; eine weitere Beschwerde der Großfamilie wurde am 30. Juni abgewiesen.

EIN BÖSARTIGER AKT

Israelische Menschenrechtsaktivisten haben nicht weggeschaut. Sie haben den Fall der Sumarins über Jahre verfolgt und taten, was sie konnten, um die Ausweisung der Familie zu verhindern. Sie haben viele Freunde im In- und Ausland mobilisiert, um ihren Protest zu unterstützen. In diesem Zusammenhang habe auch ich meinen ersten Brief an den Jüdischen Nationalfonds in New York geschrieben. Inzwischen sind dort viele Briefe eingegangen, aber es liegt auch die letzte Entscheidung der Behörde vor: Die Sumarins haben den Jahrzehnte andauernden Kampf um ihr Haus und Eigentum verloren.

MEHR ZUM THEMA

Dazu David Shulman in seinem Blog: „**Heute kam die schlechte Nachricht vom Jerusalemer Gericht, die den Einspruch der Sumarin-Familie in Wadi Hilweh gegen ihre Ausweisung aus ihrem Haus durch den Jüdischen Nationalfonds abgewiesen hat. Seit vielen Jahren haben ich und meine Aktivisten-Freunde viel menschliche Bosheit in Aktion gesehen. Aber in diesem böartigen Akt erlebe ich etwas so schreiend Grausames, ja Unmenschliches, dass es mich mehr schmerzt und erzürnt als je zuvor. So weit sind wir also gekommen. Ein ungerechtes Gesetz wird von der Regierung, den Siedlern und Gerichten gedreht und manipuliert im Interesse eines rassistischen und fundamentalistischen Nationalismus. In Trauer, David.**“

Das nenne ich eine aktuelle Hiobsbotschaft! Was die Familie Sumarin in diesem Fall zu verlieren hat, ist offensichtlich. Aber auch Israel hat etwas zu verlieren, und das ist sein guter Ruf als Rechtsstaat.

Aleida Assmann ist Professorin für Anglistik und Allgemeine Literaturwissenschaften an der Universität Konstanz. Sie veröffentlichte zahlreiche Bücher u.a. zur Erinnerungskultur. Im Jahr 2018 wurden Aleida und Jan Assmann mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet.

Palästina und das Problem der „Siedlungen“ und „Siedler*innen“

In der jahrzehntelangen Diskussion um die Schaffung eines eigenen Staates für die Palästinenser*innen dreht sich eine zentrale Frage um das Hindernis der zunehmenden Zahl von „Siedlungen“ in Jerusalem und dem Westjordanland. Diese Zersiedelung kann auf der Landkarte wie ein löchriger Schweizer Käse wahrgenommen werden: die „Löcher“ sind die palästinensischen Gemeinden, der „Käse“ die israelischen Siedlungen.

Was sind eigentlich diese völkerrechtswidrig entstandenen Dörfer und Kleinstädte und warum nennt man sie „Siedlungen“? Folgt man Wikipedia, so liest man: „Unter Siedlern (pluraliter) versteht man eine Gruppe von Menschen, die versuchen ein Stück Land, das zuvor allem Anschein nach noch von niemandem land- oder forstwirtschaftlich genutzt und bebaut wurde, durch Rodung, Bepflanzung, Bewässerung und Bebauung urbar zu machen, um es dauerhaft bewohnen zu können.“ Nach dem Duden ist ein Siedler „jemand, der gesiedelt hat, siedelt“. Als Beispiel werden „die jüdischen Siedler in den von Israel besetzten Gebieten“ angeführt. Ein Widerspruch! Handelte es sich doch bei letzterem keineswegs um unbebautes niemandem gehörendes Land, sondern um von Palästinenser*innen genutztes und bewohntes Land.

Bereits kurz nach Ende des Krieges von 1967 entstand die erste Siedlung auf besetztem Gebiet, auf den Golanhöhen der Kibbutz Merom Golan und mit Kfar Etzion südwestlich von Betlehem die erste Siedlung in der Westbank. Noch 1968 gab es

erst fünf dünn besiedelte Siedlungen jenseits der Grünen Linie. Seitdem ist die Zahl der israelischen Siedlungen auf über 200 gestiegen und die Zahl der Siedler im schon 1980 völkerrechtswidrig von Israel annektierten Ostjerusalem und im Westjordanland auf fast 700.000 angestiegen. Schon die ersten Siedlungen wurden mit dem ausdrücklichen Ziel errichtet, eine jüdische Mehrheit in, aus Sicht der israelischen Besatzungsmacht, wichtigen strategischen Gebieten wie dem Tel Aviv-Jerusalem-Korridor zu sichern.

Eine frühe Siedlungs-Gründung gab es 1970 in Hebron/Al-Khalil. Die dortige Abraham-Moschee ist Muslimen, Christen und Juden heilig. Unter der Führung eines radikalen Rabbiners hatte sich dort anlässlich des jüdischen Pessach-Festes im Jahr 1968 eine kleine Gruppe radikaler nationalreligiöser „Siedler“ illegal festgesetzt und später erreicht, dass die Siedlung Kirjat Arba gegründet wurde. 1994 ermordete ein jüdischer Siedler aus Kirjat Arba 29 betende Muslime in der Abraham-Moschee in Hebron. Die danach von der Besatzungsmacht verhängten Ausgangssperren gegen die einheimische palästinensische Bevölkerung führten zu einer Vertreibung von

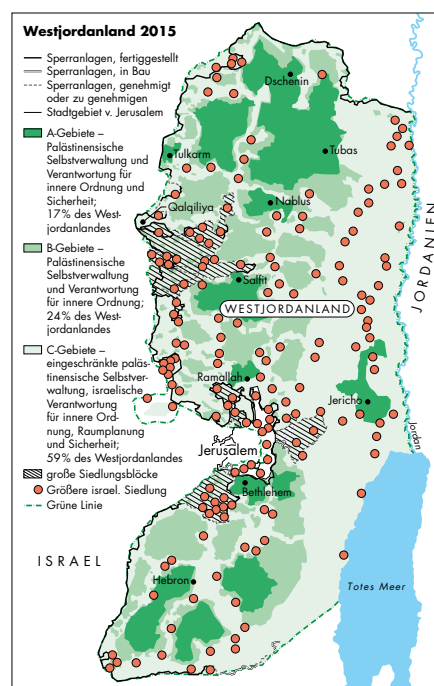
Palästinenser*innen aus der Altstadt. Weltweit bekannt geworden ist der Protest um die heute für Palästinenser unzugängliche „Shuhada Straße“. Hebron ist ein Beispiel für tagtägliche vom Militär geduldete Schikanen der Siedler. In der nach dem Massaker in der Abraham-Moschee zweigeteilten Stadt leben heute auf etwa 80% der Fläche etwa 160.000 Menschen unter palästinensischer Verwaltung und im anderen Teil der Stadt unter israelischer Verwaltung etwa 40.000 Palästinenser und 800 radikale Siedler*innen.

Unabhängig von einer grundsätzlichen Infragestellung des Begriffs „Siedlungen“ wird auch in Israel eine interessante Unterscheidung vorgenommen. Auf Hebräisch heißen Siedlungen außerhalb der Grünen Linie in den meisten Medien und im allgemeinen Sprachgebrauch hitnachlujot, und „Siedler“ werden hitnachlut genannt. Die „Siedler“ selbst und ihre rechtsradikalen Unterstützer*innen hingegen verwenden die Begriffe Jischuwim und Jischuw für „Siedlungen“ und „mitjaschwim“ und „mitjaschew“. Diese sollen verdeutlichen, dass die „Siedlungen“ dieselbe Bedeutung haben wie im Kernland Israels. Palästinenser*innen und andere Araber hingegen benutzen die Begriffe „Mustautanat“ für Siedlungen und „mustautinin“ für „Siedler“.

Wie präzise geplant, und gelegentlich auch mit innerisraelischem Streit verbunden, die sukzessive Okkupation, Enteignung und Bebauung durch Israelis vor sich geht, ist vielfach belegt. Eine 2018 erschienene Publikation des israelischen Kulturhistorikers Menachem Klein dokumentiert im Detail die sukzessive Vertreibung der palästinensischen Menschen aus Ostjerusalem unter der Zielsetzung der „Judaisierung“. Noch aktueller ist der jahrzehntelange Prozess der stringenten israelischen Enteignung und auch die politikinterne Strategiediskussion der zionistischen Gruppen anhand historischer Quellen faktenbasiert in Omri Boehms neuem Buch „Israel – Eine Utopie“ aufgearbeitet. Er kommt zu dem deutlichen Ergebnis, dass **„die Entwicklung jüdischer Siedlungen nie darauf beschränkt war, lediglich jüdische Interessen zu begünstigen. Im anhaltenden Konflikt um Territorium und Demografie wird sie vom Staat systematisch als Waffe eingesetzt, um Araber – sowohl in Israel als**



Westjordanland mit Siedlungen im Jahr 1995



Westjordanland mit Siedlungen im Jahr 2015

auch in der Westbank – zu enteignen.“ Nimmt man die offiziellen Landkarten des israelischen Staates zur Kenntnis, so stellt man fest, dass z.B. das Westjordanland als integraler Bestandteil Israels kartiert ist und dies ohne jeden Hinweis auf die Grenzen von 1967.

Während aktuell gerätselt wird, warum noch nicht mit den angekündigten Annexionen begonnen wurde, geht unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit der Prozess der Landnahme Stück für Stück weiter, wie das aktuelle Beispiel einer neuen Kolonie, eines auch nach israelischem Recht eigentlich illegalen Außenposten auf dem Land um die palästinensische Kleinstadt Asira Al-Shamaliya zeigt, wo die palästinensischen Bauern von ihrem Land unter dem Schutz des israelischen Militärs vertrieben werden, indem das Militär ihr Land konfisziert, um wie nach der klassischen Methode die Bauern von den illegalen „Siedlern“ fernzuhalten.

Wenn man, unabhängig von den Gründen, die zur Verzögerung der angekündigten Annexionen führen, davon ausgeht, dass in der neuen Regierung mindestens zwei Positionen vertreten sind, deren Programm nicht nur die Annexionen beinhaltet, sondern die Vertreibung fordert (der Bildungsminister Rafi Peretz und Bezalet Smotrich), dann zeigt sich da der alte Streit zwischen Zionistenfraktionen, ob man nicht gleich alle Palästinenser vertreiben sollte (wie bei dem israelischen Historiker Ben Morris für frühere Phasen gut dokumentiert) oder, angesichts der heutigen sensibleren Weltöffentlichkeit und drohendem Imageverlust, eher sanft und sukzessive vorgehen soll.

Während die Medien weltweit, bis auf Ausnahmen, die tagtäglichen Unterdrückungsmaßnahmen der Besatzung kaum noch berichtenswert finden, dokumentiert das „Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen“ (UN-OCHA) regelmäßig in ihren zweiwöchentlich erscheinenden Berichten zum Schutz der Zivilbevölkerung die fortschreitende Gewalt durch israelisches Militär und radikale „Siedler“. 2019 wurden allein sieben Angriffe pro Woche dokumentiert. Dabei hat die Besatzungsmacht nach den Genfer Konventionen auch besondere Pflichten gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Das bedeutet unter anderem die Versorgung mit Wasser, Energie, Nahrungsmitteln und Medizin sicherzustellen, also das Gegenteil der seit Jahrzehnten anhaltenden Politik Israels.

Als der israelische Ministerpräsident Netanjahu zwei Wochen vor der dritten Parlamentswahl ankündigte, in der „Siedlung“ Har Homa, einer zwischen Jerusalem und Betlehem völkerrechtswidrig annektierten Fläche, weitere 22.000 Wohnungen zu bauen und zudem mehrere tausend Wohneinheiten in Givat Hamatos, nahe des überwiegend



Blick auf die völkerrechtswidrige israelische Siedlung Har Homa, 2006

von Palästinensern bewohnten Stadtteils Beit Safafa, gab es zwar Proteste der NGO „Peace Now“ und anderer, nicht jedoch von der deutschen Bundesregierung, die sich in einer Stellungnahme nur „zutiefst besorgt“ zeigte, weil sie den sogenannten „Friedensprozess“ und die „Zweistaatenlösung“ in Gefahr sieht.

Gleichzeitig stellte sie sich zusammen mit Ungarn und Brasilien gegen die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), der die Kriegsverbrechen Israels und Palästinas in den besetzten Gebieten untersuchen will. Und als der amerikanische Präsident Trump im letzten Jahr im Rahmen seines „Jahrhundert-Plans“ verkündete, dass die USA die jüdischen „Siedlungen“ nicht länger als Verstoß gegen das Völkerrecht ansehen würden, die EU hingegen erklärte, dass **„alle Siedlungsaktivitäten gegen das Völkerrecht“** erfolgten, bekundete auch die Bundesregierung über das AA am 19.11.2019, dass **„die Siedlungspolitik weiter nicht vom Völkerrecht gedeckt“** sei – ein Lippenbekenntnis ohne praktische Konsequenzen.

Das Jordantal, das annektiert werden soll, ist ein landwirtschaftlich bedeutendes Gebiet für den Anbau von Gemüse und Früchten. Dort lebten 1967 noch über 250.000 Palästinenser. Aktuell ist ihr Anteil auf ein Fünftel geschrumpft, gegenüber ca. 10.000 israelischen „Siedlern“ in völkerrechtlich illegalen landwirtschaftlichen „Siedlungen“. Diese beuten das fruchtbare Land und das Wasser des Jordanflusses aus. Zudem sind die Palästinenser*innen, deren Land zuvor widerrechtlich konfisziert wurde, gezwungen, sich als billige Arbeitskräfte auf ihrem früheren Land zu verdingen. Der in den letzten Jahrzehnten stark reduzierte palästinensische Bauernstand, den es im Jordantal noch gibt, wird in Zukunft kaum noch Möglichkeiten finden, seine Produkte zu vermarkten. Seit den 90er Jahren liegen ihre Anbaugelände zum größten Teil in der „Zone C“ des besetzten Westjordanlandes. Die Zugänge zu den großen palästinensischen Städten wie Nablus, Betlehem,

Hebron oder Jenin, die in der „Zone A“, dem palästinensischen Autonomiegebiet, liegen, werden von Israel kontrolliert.

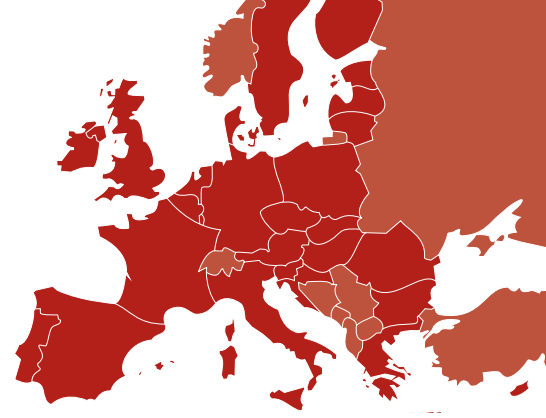
Die israelischen Regierungsziele erhalten nun Unterstützung durch die ökonomischen Verflechtungen des mit der Realisierung des „US-Jahrhundert-Friedensplans“ beauftragten Trump-Schwiegersohns Kushner. Kushner hält nicht nur seit Jahren enge Beziehungen zur „Siedlerbewegung“, sondern hat auch über seine Familienstiftung direkt in die „Siedlungen“ investiert. Die Zweistaatenlösung ist unter solchen Bedingungen tot.

Sollte jemals, und aktuell eher unvorstellbar, eine israelische Regierung, unterstützt durch eine sich zur Friedensorientierung hin wandelnde öffentliche Meinung zum Schluss gelangen, einen Großteil der Siedlungen zu räumen und die Bevölkerung durch Gebietstausch umzusiedeln, wie es für Gaza unter Sharon der Fall gewesen ist, so ist laut dem israelischen Historiker Professor Moshe Zuckermann zu befürchten, dass es zu Massenunruhen und Aufständen kommen würde, die keine israelische Regierung durchstehen würde. Eine evidenzbasierte Konsequenz heißt auch unter dieser Betrachtung: alle Fakten sprechen gegen eine irgendwie noch mögliche Zweistaatlichkeit. Die Frage wird sein: Geht die Entwicklung in Richtung Apartheidstaat oder zu demokratischen rechtsstaatlichen Formen in Israel? Und wie und unter welchen Bedingungen kann die völkerrechtswidrige Diskriminierung und schleichende Vertreibung gestoppt werden? Schaut man sich den youtubeclip über die radikale Siedlerjugend an, sieht man, wie die Besetzung von Hügeln als Vorposten weiterer kleinerer „Siedlungen“, die dann letztlich legalisiert werden, abläuft und welch religiös begründeter Fanatismus damit einhergeht.

<https://www.aljazeera.com/programmes/radicalised-youth/2018/11/israel-hilltop-youththou-shalt-kill-181111050501560.html>

DETLEF GRIESCHE
VIZEPRÄSIDENT DER DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHEN
GESELLSCHAFT E.V.

Deutschland, EU und Nahost



EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE (EGMR) ENTSCHEIDET FÜR MEINUNGSFREIHEIT

■ Am 26. September 2009 nahmen fünf BDS-Aktivist*innen an einer Aktion in einem Supermarkt in Illzach teil, bei der zu einem Boykott israelischer Produkte aufgerufen wurde. Sie stellten die Artikel, die ihrer Meinung nach israelischen Ursprungs waren, in drei Einkaufswagen vor den Augen der Kund*innen aus und verteilten Flugblätter. Am 22. Mai 2010 wurde die Aktion von acht Aktivist*innen vor demselben Supermarkt wiederholt. Alle Aktivist*innen sind Mitglieder des „Collectif Palestine 68“. Sie kamen vor das Strafgericht von Mulhouse, unter anderem wegen Anstiftung zur Diskriminierung und wurden am 15. Dezember 2011 freigesprochen. Mit zwei Urteilen vom 27. November 2013 hob das Berufungsgericht von Colmar die früheren Urteile auf.

Nun hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschieden: Die strafrechtliche Verurteilung von Aktivist*innen, die an der BDS-Kampagne zum Boykott von aus Israel importierten Produkten beteiligt waren, hatte keine relevanten und ausreichenden Gründe und verletzte ihre Meinungsfreiheit, teilte das Gericht in einer Pressemitteilung vom 11. Juni 2020 mit. **„Das Gericht hat bei vielen Gelegenheiten betont, dass es nach Artikel 10 § 2 der Konvention wenig Spielraum für Beschränkungen der politischen Rede oder der Debatte über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse gibt. Es lag in der Natur der politischen Rede, kontrovers und oft virulent zu sein. Das schmälerte ihr öffentliches Interesse nicht, vorausgesetzt, sie überschritt nicht die Grenze und verwandelte sich in einen Aufruf zu Gewalt, Hass oder Intoleranz. Das Gericht vertrat die Auffassung, dass die Verurteilung der Antragsteller keine relevanten oder ausreichenden Gründe hatte.“**

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Während der dreimonatigen Frist kann jede Partei beantragen, dass die Rechtssache an die Große Kammer des Gerichtshofs verwiesen wird. Wird ein solcher Antrag gestellt, prüft ein aus fünf Richtern bestehender Ausschuss, ob die Rechtssache eine weitere Prüfung verdient. In diesem Fall wird die Große Kammer die Sache anhören und ein endgültiges Urteil fällen. Wird der Verweisungsantrag abgelehnt, wird das Urteil der Kammer an diesem Tag rechtskräftig. Sobald ein Urteil rechtskräftig wird, wird es dem Ministerkomitee des Europarats zur Überwachung seiner Vollstreckung übermittelt.

ASSELBORN-INITIATIVE GEGEN ISRAELS ANNEXIONSPLÄNE

■ Bis auf Ungarn und Österreich machen alle mit. Bei einer Videokonferenz hatten sich 25 EU-Außenminister bereit erklärt, eine vom luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn und seinem irischen Amtskollegen Simon Coveney ausgearbeitete Erklärung mitzutragen, wie das Luxemburger Tageblatt berichtete. Die EU-Staaten stellen sich darin gegen Israels Annexionspläne des Westjordanlandes und fordern ein Festhalten an der Zwei-Staaten-Lösung.

UN-EXPERTEN WARNT BUNDESREGIERUNG

■ UN-Experten haben die deutsche Regierung davor gewarnt, dass das verschärfte Vorgehen gegen Anhänger der Rechte der Palästinenser die Meinungsfreiheit verletzt, heißt es in einer Electronic Intifada Meldung vom Januar 2020. Die vier Sonderberichterstatter für Versammlungsfreiheit, Menschenrechtsverteidiger, Menschenrechte in Palästina und Religionsfreiheit hatten Deutschland im Oktober einen Brief geschickt. Diesen veröffentlichten sie, nachdem die deutsche Regierung nicht geantwortet hatte. Die unabhängigen UN-Experten äußerten sich besorgt darüber, dass eine im vergangenen Mai vom Bundestag verabschiedete Resolution, die die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) für die Rechte der Palästinenser – angreift, **„unangemessene Einschränkungen des Rechts auf Meinungs- und Redefreiheit, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit“** auferlegt. In der unverbindlichen Resolution werden deutsche Institutionen und Behörden aufgefordert, zivilgesellschaftlichen Gruppen, die die gewaltfreie BDS-Bewegung unterstützen, Mittel und Einrichtungen zu verweigern.

DIE LINKE SAGT NEIN ZUR ANNEXION

■ Der Parteivorstand der LINKEN hat die Pläne der israelischen Netanjahu/Gantz-Regierung, Teile des Westjordanlands zu annektieren, verurteilt. Für den Fall, dass die israelische Regierung die Annexion beschließt, setzt sich DIE LINKE dafür

ein, das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel, das auf der Osloer Friedensvereinbarung von 1993 beruht, auszusetzen. Sie fordert die Bundesregierung dazu auf, diese Positionen auch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im UN Sicherheitsrat, im UN Menschenrechtsrat sowie ab 1. Juli 2020 innerhalb der EU-Ratspräsidentschaft vorzubringen.

Verweigert die israelische Regierung eine gerechte Zweistaatenlösung für jeweils gleichberechtigte Bürger, so fordert DIE LINKE gleiche Bürgerrechte für Palästinenser und Israelis. In jedem Fall gilt für DIE LINKE weltweit, überall und zu jeder Zeit: In jedem Land sollen alle Bewohner gleiche Rechte genießen – unabhängig von ihrer Religion, Sprache oder ethnischen Zugehörigkeit.

Ebenfalls bekräftigt DIE LINKE im Falle einer Annexion ihre Forderung, die militärische Kooperation mit Israel einzustellen.

Gleichzeitig fordert DIE LINKE die Bundesregierung dazu auf, sich für das israelische und das palästinensische Selbstbestimmungsrecht einzusetzen, den Staat Palästina anzuerkennen und seine Aufnahme in internationale Organisationen zu unterstützen. Ein solcher Schritt wäre die klarste Unterstützung für die auf Ausgleich bestrebten Teile der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft, heißt es bei der LINKEN.

EUGH: WAREN AUS SIEDLUNGEN MÜSSEN GEKENNZEICHNET SEIN

■ Waren aus Siedlungen in den von Israel besetzten Gebieten müssen in der EU als solche gekennzeichnet werden. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) im November 2019 entschieden. Im November 2015 hatte die EU-Kommission eine Kennzeichnungspflicht für Siedlungsprodukte beschlossen. Diese EU-Direktive hatte Frankreich bereits 2016 in nationales Recht überführt, berichtet die Zeitung neues deutschland. Seitdem werde in Frankreich konsequent auf diese Kennzeichnung geachtet. **„Ganz anders in Deutschland: Die Bundesregierung drückt sich vor einer Entscheidung und ist der Meinung, dass die Durchsetzung der EU-Leitlinien in die Zuständigkeit der Bundesländer falle und »dem Einzelhandel vorbehalten« bleibe.“**

EuGH-Generalanwalt Gérard Hogan verwies auf eine EU-Verordnung, die Kriterien nennt, die die

Verbraucher*innen in ihrer Kaufentscheidung beeinflussen können. Die israelische Siedlungspolitik sei ein klarer Völkerrechtsverstoß, so Hogan. Die Nichtangabe der Herkunft eines Erzeugnisses aus einem israelischen Siedlungsgebiet könne Verbraucher*innen daher in die Irre führen.

Gegen das EuGH-Urteil ist kein Einspruch möglich. Es gilt für alle EU-Mitgliedsstaaten verbindlich. Damit kann künftig bei Verstößen gegen die Kennzeichnungspflicht jede Person oder Vereinigung vor Gericht gehen und sicher sein, recht zu bekommen, weil sich jedes Gericht an das Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofs halten muss.

BUNDESREGIERUNG: INTERNATIONALER STRAF- GERICHTSHOF DARF NICHT ZU PALÄSTINA URTEILEN

Die Bundesregierung hat beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag im März 2020 eine Eingabe gemacht, um ein Gerichtsverfahren zu möglichen Menschenrechtsverbrechen im besetzten Palästina zu verhindern. Neben Deutschland hatten noch Tschechien, Australien, Österreich, Brasilien, Ungarn und Uganda ähnliche Eingaben gemacht. Nach Artikel 12 des Romstatuts sei das Gericht nur zuständig, wenn es von einem Staat beauftragt werde. Palästina fehle Staatlichkeit, so die Bundesregierung. Deutschland hat, anders als der Vatikan, Schweden und über 100 Länder den Staat Palästina noch nicht anerkannt.

NELLY-SACHS-PREIS-JURY ZIEHT ENTSCHEIDUNG FÜR KAMILA SHAMSIE ZURÜCK

Die Stadt Dortmund wird ihren Literaturpreis, den Nelly-Sachs-Preis, 2019 nicht vergeben. Die achtköpfige Jury revidierte ihre am 6. September 2019 getroffene Entscheidung über die Preisvergabe an die Autorin Kamila Shamsie: „Zu diesem Zeitpunkt war den Mitgliedern der Jury trotz vorheriger Recherche nicht bekannt, dass sich die Autorin seit 2014 an den Boykottmaßnahmen gegen die israelische Regierung wegen deren Palästinapolitik beteiligt hat und weiter beteiligt.“

EU SCHLIESST ISRAELISCHE SIEDLUNGEN AUS DEM HORIZON-PROJEKT AUS

Die EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, Mariya Gabri-

el hat, auch im Namen des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell auf einen Brief von europäischen Forscher*innen und Akademiker*innen bezüglich der Teilnahme Israels am europäischen Forschungsprogramm Horizon geantwortet.

„Im Einklang mit dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates erkennt die EU die Souveränität Israels über die seit 1967 besetzten Gebiete nicht an. HRVP Borrell stellte klar, dass Schritte zur Annexion, wenn sie umgesetzt werden, nicht unangefochten passieren können. Die Union erwartet von den israelischen Behörden, dass sie ihren Verpflichtungen als Besatzungsmacht nach dem humanitären Völkerrecht in vollem Umfang nachkommen. Die Union wird die Lage weiterhin genau beobachten.“

Die Assoziierung Israels an Horizon 2020 gelte nicht für die besetzten Gebiete. Jeder Begünstigte in Projekten, die im Rahmen von Horizon 2020 finanziert werden, müsse eine ehrenwörtliche Erklärung abgeben, in der er bestätigt, dass er die Förderfähigkeitsanforderungen des Arbeitsprogramms erfüllt. Die Begünstigten müssten diese Förderfähigkeitsanforderungen während der gesamten Laufzeit des Horizon-2020-Projekts erfüllen, und die Kommission könne ihre Förderfähigkeit jederzeit überprüfen.

DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHER LENKUNGS-AUSSCHUSS

Neben der Sorge um die COVID 19 Pandemie hat der 5. Deutsch-Palästinensische Lenkungsausschuss, der am 19. Mai 2020 unter Vorsitz von Ministerpräsident Dr. Mohammed Shtayyeh und Bundesaußenminister Heiko Maas virtuell tagte, das beiderseitige Engagement für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung bekräftigt. Auf der Grundlage des Völkerrechts und der Grenzen von 1967 sollen ein unabhängiger, demokratischer, zusammenhängender und souveräner palästinensischer Staat und Israel in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen Seite an Seite leben. In der Erklärung heißt es, „dass sie sich für die Herbeiführung einer gerechten, dauerhaften und umfassenden Einigung zwischen Israelis und Palästinensern durch Verhandlungen auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, einschließlich der Resolution 2334 des Sicherheitsrats vom 23. Dezember 2016, sowie international vereinbarter Parameter einsetzen“. Beide Seiten stimmten darin überein, dass ein solcher Prozess innerhalb multilateraler Formate wie dem Nahostquartett gefördert werden könnte, wobei letzteres möglicherweise durch geeignete Akteure erweitert werden könnte.

Der Ausschuss betonte, dass die Annexion jeglichen Teils der besetzten palästinensischen Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems eine klare Verletzung des Völkerrechts darstelle und die Chancen für eine Zwei-Staaten-Lösung im Rahmen einer Vereinbarung über die Endstatusfragen untergrabe. Deutschland hat die palästinensische Auffassung, dass ein solcher Schritt allen bereits unterzeichneten Vereinbarungen ein Ende setzen würde, zur Kenntnis genommen.

Im Gazastreifen sei „eine grundlegende Veränderung der politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Situation“ notwendig, was auch das Ende der Abriegelung und eine vollständige Öffnung der Grenzübergänge beinhalte. „Die palästinensische Seite äußerte ihr Interesse daran, dass Deutschland sich für ein EU-Assoziierungsabkommen mit Palästina“ einsetze.

DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHE FORSCHUNGSPROJEKTE

Das gemeinsame palästinensisch-deutsche Förderprogramm PALGER für junge Wissenschaftler*innen wird verlängert. In der nun dritten Ausschreibungsrunde geht es z.B. um erneuerbare Energien, Gesundheit und Kulturerbe.

GEMEINSAM GEGEN ANNEXION: AUßENMINISTER ÄGYPTENS, DEUTSCHLANDS, FRANKREICHS UND JORDANIENS

„Wir sind einhellig der Auffassung, dass jede Annexion der 1967 besetzten palästinensischen Gebiete gegen das Völkerrecht verstoßen und die Grundlagen des Friedensprozesses gefährden würde“, erklärten die Außenminister Ägyptens, Deutschlands, Frankreichs und Jordaniens nach einer gemeinsamen Videokonferenz am 7. Juli. Sie würden „keinerlei Veränderung der Grenzen von 1967 anerkennen, die nicht von beiden Konfliktparteien vereinbart wurde“. Ein solcher Schritt „könnte auch Folgen für das Verhältnis zu Israel haben“. Die vier Außenminister betonten ihr nachdrückliches Bekenntnis zu einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage des Völkerrechts und der einschlägigen VN-Resolutionen. Sie erörterten, „wie ein konstruktiver Neuanfang zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite gelingen kann, und bieten unsere Unterstützung dabei an, einen Weg zu Verhandlungen zu eröffnen.“

Völlige Unabhängigkeit oder völlige Gleichheit Reaktionen in Palästina auf die drohende Annexion

Ist die Obsession mit dem 1. Juli als Beginn der Annexion von großen Teilen des Westjordanlandes, die Netanyahu monatelang geschürt hat, die falsche Perspektive?

Schließlich hat sich schon seit 1967 ein Besatzungsregime etabliert, das zum Dauerzustand wurde. Eine nur als kolonialistisch zu verstehende Siedlerbewegung entstand, die sich dort einbetonierte.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Osloer Verträge reagierte die Palästinensische Administration (PA) in Ramallah proaktiv auf israelische Pläne und fasste den folgeschweren Entschluss, die gesamten Osloer Verträge aufzukündigen. Selbst die für Israel relevante „Sicherheitskooperation“ wurde gestoppt. Wird die PA diesen Beschluss aufrechterhalten können oder kann/wird Israel eine Zurücknahme dieser Entscheidung durchsetzen?

DIE AKTIVITÄTEN DER PA GEGEN DIE DROHENDE ANNEXION

In der Zwischenzeit unternahm die PA fieberhafte Aktivitäten auf der Ebene der internationalen Politik und Diplomatie und setzte auf internationales Eingreifen gegen die israelische Politik. Parallel dazu versuchte sie unter Führung von Fatah die palästinensische Bevölkerung in der Westbank zu mobilisieren. Der Schwerpunkt lag im Jordan-

tal, das zuoberst auf der Wunsch-Liste der israelischen Regierung steht. Auch nach dem 1. Juli blieb die PA bei dieser zweigleisigen Politik.

Die Sorge um eine bevorstehende Annexion und das Ende der Vorstellung einer Zweistaatenlösung hat Anfang Juli völlig überraschend zu einem Annäherungs- und Aussöhnungsprozess zwischen Hamas und Fatah geführt ... ob von Dauer, bleibt abzuwarten. Vorerst halten beide am bisherigen Kurs gegen die Annexion fest:

- Diplomatie und Internationale Politik, Fatah und die PA schwerpunktmäßig in Richtung Norden sowie innerhalb der arabischen Liga, Hamas eher in der Türkei, in Qatar und im Iran.

- Mobilisierung der Bevölkerung und Organisation von Demonstrationen und Versammlungen. Eine erste große Versammlung gegen die Annexion mit Direktübertragung im palästinensischen Fernsehen wurde von der PA, unter der Federführung der Fatah, am 22. Juni in Jericho organisiert. An der Großdemonstration nahm praktisch das gesamte diplomatische Corps bei der PA teil – auch das deutsche Vertretungsbüro hatte einen Diplomaten geschickt –, sicher ein absolutes Novum in der palästinensischen Politik seit 1993. Auf der Redeliste stand an erster Stelle der UN Vertreter in Jerusalem, gefolgt vom Vertreter der EU sowie von den Vertretern Russlands, Chinas, Japans, Jordaniens und der palästinensischen Gesellschaft in Israel.

ANNEXION UND ZWEI-STAATENLÖSUNG SCHLIESSEN SICH AUS

Für die palästinensische Gesellschaft in der Westbank verändert sich, auch bei einer möglichen zukünftigen Annexion, in welchem Umfang auch immer, zunächst einmal nichts. Die Siedlungen werden expandieren und palästinensisches Land „stehlen“. Die Siedler*innen werden nach wie vor, ungehindert von der israelischen Armee, Tag für Tag Palästinenser*innen attackieren, töten, ihren Besitz zerstören und ihnen das Leben zur Hölle machen. Geändert hat sich in den letzten Wochen jedoch die Unverfrorenheit, ja Brutalität, der Siedler*innen, meist geduldet (oder gar unterstützt) von der israelischen Armee, bei der Zerstörung von palästinensischem Eigentum, Besetzung palästinensischen Landes, Übergriffen auf die dort lebenden Menschen. Das trifft sowohl auf die von den Annexionsplänen direkt betroffene Westbank als auch auf Ost-Jerusalem zu.

Die Annexion wird das Ende der Idee einer Zweistaaten-Lösung signalisieren, einer Lösung, die von der PA, von einer klaren Mehrheit in der palästinensischen Gesellschaft in der Westbank, aber auch von der Hamas und der Gesellschaft im Gazastreifen, und nicht zuletzt von der internationalen Gemeinschaft, allen voran der EU, als einzige Lösung des sogenannten israelisch-palästinensischen Konfliktes betrachtet wird.

FOTO // COUNCIL OF MINISTERS/
MEDIA-CENTER



Protest der palästinensischen Regierung und Bevölkerung am 24. Juni in Al Aghwar/Jericho gegen die geplante israelische Annexion.

Für die Palästinenser*innen in der Westbank, in Ost-Jerusalem oder im Gazastreifen geht es und vor allem um das Ende der Besatzung, die die Palästinenser*innen nun schon seit 53 Jahren unterdrückt hält und ihrer Freiheit beraubt. Und es geht, oft übersehen, um das Ende der kolonialistischen Siedlerpolitik! Damit gekoppelt ist die klare Absicht, endlich einen unabhängigen Staat Palästina aufbauen zu können, der als volles Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen wird.

Für die EU geht es dagegen eher um eine friedliche Beendigung dessen, was sie als israelisch-palästinensischen Konflikt verstehen. Die Zweistaatenlösung wird als bester Schutz Israels betrachtet und eigentlich nur aus der Perspektive Israels gesehen. Die Palästinenser*innen spielen dabei eine weitgehend untergeordnete Rolle. Der Status quo kann, auf diesem Hintergrund, schlicht beibehalten werden.

INTERNATIONALE REAKTIONEN AUF DIE ANNEXION

Auch ohne erste Schritte in Richtung Annexion seitens der Regierung Netanyahu wird entscheidend sein, welche Reaktionen von außen kommen. Jordanien unter König Abdallah hat inzwischen eine zentrale Rolle übernommen mit seiner Kontaktaufnahme zum amerikanischen Kongress. Er hat Israel unmissverständlich klargemacht, dass Jordanien eine Annexion absolut ablehnt. Inzwischen haben auch die Demokraten im Kongress, im Unterschied zu einer Mehrheit der Republikaner, ihre Ablehnung der Annexion deutlich formuliert. Seit Ende Juli zirkuliert ein „Apartheid“-Papier israelkritischer demokratischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus, das für den Fall einer Annexion die Einstellung amerikanischer Militärhilfe an Israel vorsieht. Unterschrieben wurde es u.a. von Bernie Sanders. Die EU signalisiert ein deutliches Nein, wobei unklar ist, ob dies von konkreten Maßnahmen gegen Israel untermauert wird.

REAKTIONEN IN RAMALLAH UND DER WESTBANK

Die PA und an erster Stelle Premier Mohammad Shtayyeh setzt derzeit auf die Proklamation der vollständigen Unabhängigkeit. Ob dies eher als Drohgebärde gegen Israels Annexions-Pläne zu verstehen ist, bleibt noch offen.

Die entscheidende Frage heute ist, welchen Kurs die PA und Fatah gemeinsam mit der Hamas so-

wie allen palästinensischen politischen Organisationen, innerhalb und außerhalb der PLO (Hamas und der Islamische Jihad sind nicht in der PLO), einschlagen werden nach Abschluss ihrer Einigungsgespräche, die ja noch in vollem Gang sind.

Eine Minderheit in der palästinensischen Gesellschaft, sowohl in der Westbank, in der Diaspora, aber auch unter den Palästinenser*innen in Israel, die dort diskriminierte und benachteiligte Staatsbürger*innen sind, und von denen nach dem Trump Plan rund 400.000 aus Israel ausgegrenzt werden sollen, argumentiert in eine völlig andere Richtung. Bei einer Ein-Staaten-Lösung würden jüdische Israelis und Palästinenser*innen in einem Staat zusammenleben auf der Basis vollständiger Gleichheit. Diese Gleichheit müssten die Palästinenser allerdings erst einmal erkämpfen.

Entscheidend wird, wie immer in der Vergangenheit, die Politik Israels und die Netanyahus sein. Ist Netanyahu bereit, die Annexion rücksichtslos durchzusetzen? Oder wird er alles beim Alten lassen, also einer Situation, in der Israel ungehindert seinen kolonialistischen Siedlungskurs fortsetzen kann mit oder ohne palästinensische Kooperation aus Ramallah? All dies muss auf dem Hintergrund der neuen Corona-Welle sowohl in Israel als auch vor allem in der besetzten palästinensischen Westbank gesehen werden. Sie könnte Netanyahu eine politische Hintertür öffnen, um seine Annexionsabsichten zunächst einmal auf absehbare Zeit zu verschieben

FRAGEN AN DIE ZUKUNFT

Wird die internationale Gemeinschaft, die EU und nicht zuletzt Deutschland endlich einsehen, dass Israel ohne massiven internationalen Druck nichts an seiner Besatzungspolitik ändern wird?

Die internationalen Akteure – und darunter eben auch Deutschland – werden sich entscheiden müssen: geht es ihnen um die Aufrechterhaltung des internationalen Rechts und damit auch um die Unterstützung der Unterdrückten gegen die Besatzung? Oder wird man sich weiter hinter einer problematischen Version der Aufarbeitung des Holocaust verstecken, indem man einen Staat bedingungslos unterstützt, der seit 1967 internationales Recht beugt und der de facto schon seit Jahren ein Apartheid-Staat ist.

OSLOER VERTRÄGE FÜHRTEN NICHT ZUR ZWEI-STAATEN-LÖSUNG

1988 beschloss der palästinensische Nationalrat (PNC), das palästinensische Parlament in der Diaspora, einen palästinensischen Staat in den 1967 von Israel besetzten Gebieten anzustreben. Nur wenige Jahre später, nach der ersten Intifada, dem Aufstand der palästinensischen Bevölkerung gegen die Besatzung, ließ sich die PLO 1993 auf einen innerpalästinensisch umstrittenen Kompromiss mit der damaligen israelischen Regierung unter Yitzhak Rabin ein. Die PLO erkannte den Staat Israel an, aber Israel erkannte die PLO lediglich als alleinige Vertretung der Palästinenser*innen an, ohne territorialen Bezug. Konkret wurde vereinbart, dass in einem Prozess über fünf Jahre eine palästinensische Administration aufgebaut würde, während die israelische Armee sukzessive Rückzugsbewegungen aus den besetzten Gebieten machen wollte. Alle strittigen Punkte wie der Umgang mit Ost-Jerusalem, den Siedlungen, den Grenzen sowie den palästinensischen Flüchtlingen wurden aufgeschoben. Beschlüsse zur Errichtung eines palästinensischen Staates sucht man in diesen Verträgen vergeblich und bis heute stehen 61 Prozent der Westbank, mit einem expandierenden Netz von Siedlungen, unter israelischer Herrschaft, nur 18 Prozent werden von der PA kontrolliert, während 21 Prozent unter geteilter Administration sind. Zwar ist Palästina inzwischen bei den Vereinten Nationen als Staat aufgenommen und 138 Staaten, darunter Schweden als erster EU-Mitgliedsstaat, haben Palästina anerkannt – am Status quo vor Ort hat das nicht das Geringste geändert.

Helga Baumgarten, Politologin und Historikerin, unterrichtet seit vielen Jahren an der palästinensischen Universität Birzeit. Für das Palästina Journal hat sie den ursprünglich bei der Rosa-Luxemburg Stiftung erschienen Beitrag überarbeitet.

Mitri Raheb: Palästinenser leiden doppelt unter Corona

Armut, Depression, doppelte Ausgangssperre und Doppelmoral



Mitri Raheb, häufiger Gast auf internationalen Konferenzen

Der lutherische Pastor Mitri Raheb aus Betlehem hat die Staatengemeinschaft zu mehr Unterstützung für die Palästinenser in der Corona-Krise aufgerufen. Raheb hat in Marburg promoviert und ist Gründer und Präsident der Dar-al-Kalima-Universität für Kunst und Kultur in Betlehem. Er setzt sich seit Jahrzehnten für einen gerechten Frieden im Nahen Osten und eine Zwei-Staaten-Lösung für Israelis und Palästinenser ein. Für sein Engagement wurde er mehrfach ausgezeichnet, unter anderem 2015 mit dem Olof-Palme-Preis für internationale Verständigung.

Stephan Cezanne: Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Palästinenser aus?

Mitri Raheb: Für Palästina, wie auch für Israel, spielt der Tourismus eine große Rolle. Für palästinensische Städte wie Betlehem und Jericho, die völlig auf den Tourismus angewiesen sind, ist die Situation gravierend. In Betlehem zum Beispiel arbeiten rund 37.700 Menschen in der Tourismus-Branche, sie sind plötzlich von heute auf morgen arbeitslos geworden. Die erste Infektion in Betlehem wurde am 5. März entdeckt, am gleichen Tag wurde alles für 83 Tage geschlossen. Der Tourismus wird wahrscheinlich zwei Jahre brauchen, bis er sich wieder erholt. In dieser Zeit werden die Menschen in Betlehem und Jericho kein Einkommen haben. Zudem weiß man nicht, ob es eine zweite oder dritte Welle von Corona geben wird. Vor allem für die Christen, die sehr viel in den Tourismus in der Region investiert haben, zieht das katastrophale Folgen nach sich.

Cezanne: Gibt es finanzielle Hilfen vom Staat?

Raheb: Nein, leider nicht, weil die palästinensische Regierung selbst auf Hilfen angewiesen ist.

Der Staat hat in diesem Monat nicht einmal Geld, die Gehälter der Beamten zu zahlen. Daher kann er das nicht machen. Die Menschen wollen in dieser unsicheren Situation auch keine weiteren Darlehen aufnehmen.

Cezanne: Wie wirkt sich das auf das Leben aus?

Raheb: Die Armut nimmt zu. Das merkt man zum Beispiel an unserer Dar-al-Kalima-Hochschule für Kunst und Kultur in Betlehem. Unsere Studenten können selbst die niedrigen Studiengebühren nicht mehr bezahlen. Immer mehr Menschen müssen Betteln, Depressionen nehmen zu, weil kein Licht am Ende des Tunnels sichtbar ist. Niemand weiß wirklich, wann die Pandemie zu Ende sein wird, wann der Tourismus wieder beginnt.

Cezanne: Wie stark sind die Palästinenser-Gebiete von Covid-19 betroffen?

Raheb: Bei der ersten Welle gab es wenig Ansteckungsgefahr, weil die palästinensische Regierung beim Ausbruch des Virus Betlehem und Umgebung abgeriegelt hat. Über diese drei Monate hinweg hatten wir um die 800 Infizierten, insgesamt vier Tote. Verglichen mit anderen Ländern schneiden wir besser ab, besser als Israel sogar.

Cezanne: Haben Sie andere Länder um Hilfe aufgerufen?

Raheb: Die palästinensische Regierung hat bei den Vereinten Nationen, bei der WHO und anderen Ländern um Hilfe gebeten, um die Pandemie einzudämmen. Wir haben von einigen Kirchen in Deutschland und den USA kleine Hilfen bekommen. Aber die Not bleibt groß, unsere Hochschule zum Beispiel musste Leute entlassen, die Stundenzahl von anderen wurde reduziert, alle Mitarbeiter bekommen jetzt bis Ende August ein halbes Gehalt. Ohne diese schwerwiegenden Maßnahmen hätten wir nicht ohne weiteres überleben können.

Cezanne: Sie sind Mitautor des jüngst erschienenen Buches „The Double Lock Down: Palestine under Occupation and Covid-19“ (deutsch: „Die doppelte Ausgangssperre: Palästina unter Besetzung und Covid-19“). Darin beschreiben Sie die besondere Belastung für das palästinensische Volk in der Corona-Krise. Wie sehen diese Belastungen aus?

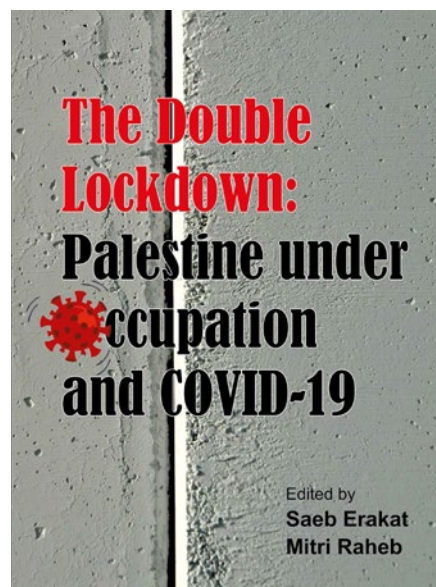
Raheb: Das Eingeschlossensein ist bei uns Palästinensern ja nicht nur eine Folge der Pandemie, es ist ein Dauerzustand unter der israelischen Besetzung. Eine Stadt wie Betlehem ist von drei Seiten von einer acht Meter hohen Mauer umgeben. Das ist wie ein großes Gefängnis, ohne eine Genehmigung kann man nicht nach Jerusalem fahren.

Cezanne: Wie bewerten Sie die von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu für Anfang Juli angekündigte Annexion von Teilen des Westjordanlandes?

Raheb: Sollte Israel die Annexion am 1. Juli vollziehen, wäre das katastrophal. Alle Möglichkeiten für einen Frieden würden damit praktisch zunichte gemacht. Das ist rechtswidrig und eine gravierende Verletzung des internationalen Rechts. In anderen Ländern, wo Vergleichbares geschehen ist, hat die Staatengemeinschaft mit Sanktionen nicht nur gedroht, sondern diese auch verhängt, etwa gegen Russland in der Krim-Krise im Ukraine-Konflikt. Wo Menschenrechte in Frage gestellt werden, muss die internationale Gemeinschaft handeln, und immer mit dem gleichen Maß. Das sieht man jetzt auch in den USA. Es kann nicht sein, dass Weiße mehr Rechte haben und anders behandelt werden als Schwarze. Und das gilt, denke ich, auch für Israelis und Palästinenser. Zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben 6,5 Millionen Juden und 6,5 Millionen Palästinenser. Es geht nicht, dass die eine Gruppe 90 Prozent des Landes kontrolliert. Es geht nicht, dass die einen alle Rechte haben, die anderen rechtlos sind, die einen sich frei bewegen können, die anderen nicht.

Cezanne: Fühlen Sie sich als Palästinenser von der Staatengemeinschaft im Stich gelassen?

Raheb: Manchmal schon. Ich denke oft, dass die Weltgemeinschaft nicht mit dem gleichen Maß misst. Israel wird immer anders behandelt, Israel bildet immer die Ausnahme. Wir als Palästinenser zahlen diese Doppelmoral, leider. Es gibt sehr viele jüdische Israelis, die das genauso sehen. Man muss diese jüdischen Stimmen der Mäßigung, des Ausgleichs und des Friedens stärken und nicht schwächen.



Buch-Neuerscheinung:
The Double Lockdown

EPD 24. JUNI 2020



Nazih Musharbash
Präsident
Deutsch-
Palästinensische
Gesellschaft e.V.

AUF EIN WORT

Die Corona-Pandemie hat uns alle sehr beschäftigt und enorm belastet. Die DPG-Tagung zum Thema „Rolle der palästinensischen Frau in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung“ in Höxter musste abgesagt werden. Das DPG-Präsidium hat die veranschlagten Kosten dieser Tagung für Notleidende im besetzten Palästina und Gaza zur Verfügung gestellt. Im Gegensatz zum reichen Deutschland können arme Länder ihrer Bevölkerung kaum helfen. Die Bevölkerung im besetzten Palästina, in Westbank, Ost-Jerusalem und im Gazastreifen ist doppelt betroffen, da neben den bekannten Auswirkungen der Pandemie die Bevölkerung immer noch und immer stärker unter der erdrückenden israelischen Besatzung leidet. Zudem vernachlässigte die Besatzungsmacht Israel die nach der Genfer Konvention verpflichtende Hilfe bei der Eindämmung der Pandemie, ja es kam sogar zu Behinderungen der palästinensischen Selbsthilfe durch das Militär. Mustafa Barghouti berichtet, dass die israelischen Besatzungs-Kräfte in den letzten Wochen in Ost-Jerusalem nicht präsent waren und die arabische Bevölkerung medizinisch vernachlässigt hätten. Damit sei Ost-Jerusalem vorübergehend faktisch arabisch-palästinensisch. Die neue israelische Regierung unter Netanjahu und Gantz wird nach Akzeptanz und Unterstützung durch die USA weitere Annektierungen vor allem im fruchtbaren Jordantal vornehmen, neue jüdische Kolonien bauen und das Leben der Palästinenser*innen weiter erschweren. Diese Einverleibung wird die israelische Regierung schleichend durchführen, dazu bedarf es keiner Terminierung. Die EU-Außenminister müssten über mögliche Sanktionen gegen Israel beraten. Ob diese Sanktionen, die nach der Entschließung des Bundestages vermeintlich als „antisemitisch“ gelten werden, Israel davon abhalten, ist mehr als fraglich. Die unerträglichen Umstände in Palästina haben dort eines bewirkt: alle Parteien und Gruppierungen sind sich einig: **„Nahnu Sami-dun“ – „Wir bleiben standhaft und stehen zu unserem Land.“** Die DPG verurteilt den weiter vorangetriebenen geplanten israelischen Raub palästinensischen Grund und Bodens, der im Schatten der Beschäftigung mit der Pandemie vollzogen wird. Wir bitten um Ihre Solidarität und Hilfe, unsere Hilfs-Projekte in Palästina zu unterstützen.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-PRÄSIDENT

SPENDENPROJEKT: SAHBER – LIMONADE MIT KAKTUSFEIGE

[] Das von der DPG und der Palästinensischen Stimme mit initiierte und unterstützte Projekt geht ins zweite Jahr. Die Limonade, die 2019 erstmalig produziert wurde, ist vollständig verkauft. Jetzt ist die neue Lieferung eingetroffen, und die Limonade ist wieder in zwei Sorten erhältlich. Aufgrund der aktuellen Situation durch die Corona Pandemie fehlen uns viele Abnehmer*innen wie Restaurants und Cafés. Vor allem aber konnten wir bisher nicht auf Märkten, Messen und Events unsere Limonade anbieten.

Der Online-Vertrieb unter www.nabalifairkost.com fängt jedoch etwas von unserem Minus auf. Die Limonade ist direkt erhältlich bei Fouad el Haj in Berlin und bei Ursula Mindermann in Telgte. Unsere Kooperationspartner*innen in Palästina leiden auch unter der Corona- Pandemie und sind sehr auf Unterstützung angewiesen. Die Frauenkooperative und das Center for Freedom and Justice (www.centerfj.org) in Beit Ummar möchten weitere Maschinen, wie z.B. eine Filteranlage und eine Fruchtpresse anschaffen, um den Handel mit Kaktusfeigenerzeugnissen auszubauen.



Wir freuen uns über Spenden und Unterstützung für dieses Projekt, um den Handel mit Palästina zu stärken und so einen kleinen Beitrag für etwas bessere Lebensbedingungen für die Menschen dort zu leisten.

URSULA MINDERMANN, DPG-VIZEPRÄSIDENTIN

BELOHNUNG FÜR UNTER-LASSUNG VON VERSTOSS GEGEN DAS VÖLKERRECHT UND ERNEUTER VERRAT AN DEM RECHT DER PALÄSTINENSER

[] Die Vereinten Arabischen Emirate nehmen offiziell diplomatische Beziehungen zu Israel auf und hoffen dadurch angeblich auf Aussetzung von weiteren Annexionen durch Israel. Israel hätte wahrlich eine noch bessere Option als die diplomatische Anerkennung durch die Vereinigten Arabischen Emirate gehabt.

Die Staatsscheffs von 56 arabischen und islamischen Staaten waren bereit, normale Beziehungen zu Israel aufzunehmen, wenn es den von Saudi-Arabien ausgearbeiteten Friedensplan von 2002 akzeptiert hätte. Der Plan sieht vor, dass die arabische und islamische Welt ihre (einschließlich Iran) Beziehungen zu Israel normalisieren, wenn sich Israel auf seine Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 zurückzieht und die Besatzung beendet. Außerdem umfasst der Plan die Gründung eines Palästinenserstaates wie sie in den internationalen Abkommen vorgesehen war. Israel hat eine historische Chance verpasst und nie auf Plan reagiert. Dass die neue Beziehung zwischen Israel und den VAE die Annexion stoppt, ist eine Mär, da Netanjahu sie nur verschieben will.

Das Abkommen, dem möglicherweise weitere Golfstaaten, wie Bahrain, Oman und Saudi Arabien folgen werden, dient ausschließlich den Interessen der USA und Israel in ihren Kampf gegen den Iran.

Bleibt zu hoffen, dass Trump nicht für seinen Verrat am Recht der Palästinenser auch noch für den Friedensnobelpreis nominiert wird ...

NAZIH MUSHARBASH, DPG-PRÄSIDENT

WERDEN SIE MITGLIED IN DER
DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHEN GESELLSCHAFT
FÜR EIN

PALÄSTINA OHNE BESATZUNG

**Bitte die Beitrittserklärung ausfüllen,
unterschreiben und in einem Briefumschlag
senden an:**

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
Dr. Ribhi Yousef
Bismarckstraße 111
47057 Duisburg

Wenn Sie mit der DPG für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen im Nahen Osten eintreten und Mitglied der DPG werden wollen, dann trennen Sie diesen Abschnitt ab und senden Sie ihn ausgefüllt an die angegebene Anschrift!

Aktivitäten

NEUE FAKTENBLÄTTER

Die DPG hat zwei neue Faktenblätter für Infotische etc. veröffentlicht, Zahlen und Fakten Nr. 10: Trumps Plan Diebstahl des Jahrhunderts und Nr. 11: Israels neue Regierung will das Jordantal annektieren.

Schon vor der Gründung Israels und bis heute wurden die Palästinenser*innen oft ungefragt und häufig unbeteiligt vor vollendete Tatsachen gestellt. Optionen wurden angeboten, die sie nur ablehnen konnten, weil sonst ihre Lage noch schlimmer geworden wäre. Die Trump Administration und die israelische Regierung sind dabei, nach der von ihnen beschlossenen Legalisierung des völkerrechtswidrigen Siedlungsbau und der Annektierung Ostjerusalems und der Golanhöhen, die palästinensischen Gebiete bis zum Jordan zu annektieren.

Der so genannte „Deal des Jahrhunderts“ des US-Präsidenten ist auf Kosten Palästinas und zum Vorteil von Israel zustande gekommen. Er wird notfalls nur mit Geld und Gewalt durchgesetzt werden können. Keine guten Voraussetzungen für einen gerechten Frieden. Er suggeriert den Palästinenser*innen einen eigenen Staat mit einer Hauptstadt in der „**ungeteilten israelischen Hauptstadt Jerusalem**“, wissend, dass dies nicht möglich sein wird. Weigern sich die Palästinenser*innen, den Plan zu akzeptieren, wird ihnen die Schuld am Scheitern gegeben.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-PRÄSIDENT

BONN MUSSTE PALÄSTINA-GRUPPEN FÜR FEST „VIELFALT!“ ZULASSEN

Das Verwaltungsgericht Köln hatte die Stadt Bonn in einer Eilentscheidung verpflichtet, den Deutsch-Palästinensischen Frauenverein und die Palästinensische Gemeinde Bonn zum Kultur- und Begegnungsfest „Vielfalt!“ zuzulassen, das am 29. September 2019 stattfand.

Die Stadt Bonn hatte diesen beiden Vereinen sowie dem Institut für Palästina-Kunde und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG) eine Teilnahme an dem Fest verweigert. Anlass war ein Bonner Stadtratsbeschluss, der alle Gruppen ausschließt, die die besatzungskritische gewaltfreie BDS-Bewegung (*Boycott, Divestment, Sanctions*) unterstützen.

Das Gericht sieht Artikel 5 des Grundgesetzes verletzt. Der BDS-Aufruf sei durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit geschützt. „**Der BDS-Kampagne fehlt es an verfestigten organisatorischen Strukturen und einer hinreichenden Homogenität, um den Unterstützern der BDS-Kampagne zwangsläufig eine antisemitische Haltung zuzuschreiben.**“

Das Gericht stellte fest, dass die Beschlüsse des Stadtrates Bonn, des Landtags NRW oder des Bundestags, in denen die BDS-Bewegung als antisemitisch bezeichnet wird, rechtlich irrelevant sind, sie seien bloße „Willensbekundungen“.

Da die DPG ihren rechtlichen Sitz nicht in Bonn hat, sah das Gericht keine Verpflichtung, sie zu dem Fest zuzulassen. Die Stadt Bonn hat jedoch auch der DPG einen Stand angeboten, nachdem die Deutsch-Israelische Gesellschaft, die ihren Sitz in Berlin hat, ebenfalls auf dem Fest „Vielfalt!“ vertreten ist.

MARTIN BREIDERT, DPG-KOORDINATOR, REGIONALGRUPPE NRW SÜD

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG VERSCHOBEN

Um kein Risiko einzugehen und unsere Mitglieder nicht zu gefährden, haben Präsidium und die Koordinator*innen der Regionalgruppen auf ihrer digitalen Konferenz entschieden, die diesjährige Jahreshauptversammlung mit den Wahlen des Präsidiums im Rahmen der DPG-Tagung 2021 durchzuführen. Die Entscheidung hat zur Folge, dass das Präsidium bis dahin im Amt bleibt. Dieses ist gesetzmäßig geregelt.

JERUSALEM-VORTRAG

„Jerusalem – Brennpunkt des israelisch-palästinensischen Konflikts“ war der Titel einer Veranstaltung mit der Münchner Publizistin Judith Bernstein (vor Corona) in Kassel. Die 1945 in Jerusalem als Tochter deutschjüdischer Eltern geborene Friedensaktivistin war von der DPG Kassel eingeladen.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Anrede/Titel Nachname

Kontoinhaber

Vorname

Geldinstitut

Straße und Nr.

BIC

PLZ

IBAN

Stadt

Ort, Datum

Land

Unterschrift

Geburtsdag

Die DPG ist gemeinnützig Spenden sind steuerlich absetzbar.

60,00 € Jahresbeitrag,

30,00 € reduzierter Beitrag auf Antrag

Konto: Sparda Bank West,

IBAN DE90 3706 0590 0000 3392 10, BIC: GENODE31SPK

E-Mail

Telefon

EINWILLIGUNG

☐ Ich habe die Datenschutzerklärung zur Kenntnis genommen und möchte Informationen von der DPG erhalten

Ort, Datum

Unterschrift

HILFSPAKETE FÜR GAZA

Der Verein Palästinensische Stimme, der von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. unterstützt wird, organisiert jedes Jahr Hilfspakete für Gaza. Ein Hilfspaket für Familien enthält:

- Reis, Nudeln, Öl, Kichererbsen, Mehl, Linsen, Humus, Zucker, Babynahrung, verschiedene Konserven,
- Hygiene Artikel, Seife, Shampoo, Windeln, Creme,
- Medizinische Hilfe, Schmerzmittel, Salben, Bandagen.

Die Verteilung der Hilfspakete in Gaza ist gewährleistet. Der Verein bekommt Bilder und Rückmeldungen über die Verteilung in Gaza. Mehr unter www.palaestinensischestimme.com/projekte/spenden/

URSULA MINDERMAN, DPG-VIZEPRÄSIDENTIN

Am 25. Mai 2018 trat die neue EU-Datenschutzgrundverordnung in Kraft. Um Ihnen Informationen über unsere Aktivitäten und Veranstaltungen unseres Vereins zukommen zu lassen, speichern wir Ihre personenbezogenen Daten. Dazu zählen Name, Vorname, Adresse und E-Mailadresse. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Sie können die Einwilligung jederzeit widerrufen und Ihre Daten löschen lassen.

Unsere Datenschutzerklärung finden Sie auf www.dpg-netz.de





Mauer in Betlehem – aus der Foto-Ausstellung „The Wall – die Mauer“

KUNST ODER ZENSUR?

[] Im Café Immergrün im Zentrum von Jena, das gerne von Studierenden besucht wird und regelmäßig Ausstellungen zeigt, wurden im Juni 2020 Fotografien von der Mauer in Palästina von Ursula Mindermann ausgestellt. Kurz nach der Eröffnung hagelte es Proteste gegen die Fotografin und Drohungen gegen das Café wegen angeblicher antisemitischer Tendenz.

Die Proteste wurden von den Falken – „Sozialistische Jugend Deutschlands“ orchestriert. Eine heftige Diskussion fand in den sozialen Medien statt, so dass die Ausstellung abgehängt wurde. Eine Diskussionsveranstaltung „Was darf Kunst und wo findet Zensur statt?“, die der Café-Betreiber und die Fotografin wollten, kam nicht zustande. Leider sagten die angefragten Diskussionsteilnehmer, die hinter den Vorwürfen oder Drohungen stehen, bzw. den Antisemitismusvorwurf gerechtfertigt fanden, eine Teilnahme ab. Die so genannten Kritiker sind eher Verleumder, Beleidiger und Ahnungslose. Sie machten geltend, dass Mindermann und die DPG hinter dem Spruch auf dem abgebildeten Mauerabschnitt „From the river to the sea – Palestine will be free“ stünden (*siehe Foto*). Es gehe um die Vernichtung Israels und um Antisemitismus.

Die DPG weist diese Kritik entschieden zurück und erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass Israel mit den Annexionsplänen eine Politik „From the sea to the river“ verfolgt, einen Bruch des Völkerrechts. Es ist nicht akzeptabel, wenn der Antisemitismus so instrumentalisiert und missbraucht wird, dass mittlerweile auch vermeintliche Israel-Kritik und abfotografierte Meinungsäußerungen Dritter dazu zählen.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-PRÄSIDENT

BRIEF AN AUSWÄRTIGEN AUSSCHUSS

[] Gegen die Annexionspläne der israelischen Regierung hat die DPG die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages zum Handeln aufgefordert. In dem Brief heißt es u.a.: „Die DPG erkennt, wie wir immer wieder betont haben, das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel an, ist jedoch der Auffassung, dass die israelisch-amerikanischen Annexionspläne inakzeptabel sind und mit allen Mitteln verhindert werden müssen. Das damit verbundene Unrecht, das vorsätzliche Brechen des Völkerrechts und eine Machtpolitik der Stärke dürfen nicht unter dem Vorwand des besonderen Verhältnisses hingenommen werden. Ähnlich gelagerte Vorgehensweisen anderer Staaten werden und würden mit drastischen Maßnahmen belegt. Jegliche andere Haltung verstärkt die Annahme der stillschweigenden Duldung, der Willkür und der Doppelmoral.“ Die DPG fordert, mit „adäquate Maßnahmen entgegenzuwirken. Hierzu gehören zum Beispiel die Annullierung des EU-Assoziierungsabkommens und die sofortige Anerkennung des Staates Palästina.“

Diese Haltung vertrat die DPG auch in einem offenen Brief an Außenminister Heiko Maas.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-PRÄSIDENT

SHOP IN BETLEHEM WIEDER GEÖFFNET

[] Der von der DPG unterstützte Laden in Betlehem durfte wenige Tage vor dem muslimischen Opferfest wieder öffnen. Da keine Tourist*innen im Land sind, ist es schwierig, Geld zu verdienen und den Lebensunterhalt zu sichern. Ähnliches berichten auch andere Shop-Besitzer*innen in Betlehem.



Vor dem Mauer-Graffiti „George Floyd“ von Taqi Spateen wird Shop-Betreiber Moodie von einem US-Sender interviewt.

BERLIN

N.N.
berlin@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

MÜNSTER UND UMGEBUNG

N.N.
muenster@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

N.N.
hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT/MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Ribhi Yousef
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Johann Weng
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

GÖTTINGEN

Ekkehard Drost
goettingen@dpg-netz.de

Aktivitäten

DPG-VIZEPRÄSIDENTIN ABGESCHOBEN

[1] Am 2. Oktober 2019 wurde der DPG-Vizepräsidentin Ursula Mindermann am Flughafen Tel Aviv die Einreise verweigert. Sie wurde in einen Befragungsraum gebracht und verhört, ihr Gesicht fotografiert und mit Aufnahmen von Checkpoints, Demos usw. abgeglichen. Daraufhin wurde ihr vorgehalten, wann sie wo gewesen war. Anschließend wurde sie als „Aktivistin“ bezeichnet. Die Verhöre fanden mit Unterbrechungen ab halb drei Uhr morgens bis um halb sieben statt. Dann wurde ihr die Erklärung zur Ausweisung zur Unterschrift vorgelegt. Sie wurde zum Flugzeug eskortiert. Dem (deutschen) Piloten wurde ihr Reisepass überreicht. **Dazu erklärte die DPG:** Ursula Mindermann ist in der Tat eine Aktivistin – eine Friedensaktivistin. Sie hat mehrere humanitäre Projekte im besetzten Palästina initiiert und betreut und sich für eine Verbesserung der Lebensqualität von unter der israelischen Besatzung leidenden

palästinensischen Familien eingesetzt. Sie bereist regelmäßig Israel und Palästina. Neben einer eigenen Fotoausstellung über den Alltag in Palästina hat sie Projekte unter dem Motto „Aus Palästina für Palästina“ initiiert. Hauptziel dieser Projekte ist es, die wirtschaftliche Situation von Familien und Bauern zu verbessern, Vermarktung von palästinensischen Produkten zu ermöglichen und das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu praktizieren. <http://dpg-netz.de/projekte-in-palaestina/> **Ursula Mindermann erklärte:** Es gibt folgende Gründe für eine Einreise: Arbeit, Geschäft oder Tourismus. Es ist also folgerichtig, dass ich Tourismus anbe. Weder verdiene ich in Israel oder Palästina Geld, noch bin ich dort berufstätig. Ich bin eine ehrenamtlich engagierte Touristin, die durch das Land reist, fotografiert und sich und andere über Dinge informiert, die sie dort sieht und erlebt und sich in Palästina auch



Ursula Mindermann (Mitte) bei einer Bauernfamilie, die Feigenkaktusse verarbeitet

um die angestoßenen und umgesetzten Projekte kümmert. Ich wollte nach Israel privat und nicht für eine NGO einreisen. Ich war weder in meiner Eigenschaft als DPG-Vizepräsidentin oder Kreistagsabgeordnete unterwegs. Tourismus als Reisegrund anzugeben, ist deshalb keine Lüge, was die israelische Botschaft aber behauptet. Interessant wäre auch zu erfahren, wie vielen Menschen die Einreise ebenfalls verwehrt wurde und wird.

URSULA MINDERMANN, DPG-VIZEPRÄSIDENTIN

ZUM TOD VON NORBERT BLÜM

[1] Am 23. April 2020 ist der beliebte Arbeits- und Sozialpolitiker Norbert Blüm verstorben. Gemeinsam mit Rupert Neudeck hatte er Palästina besucht und in Neudecks Buch notiert: „Der Kampf für Menschenrechte ist eine Art von Wiedergutmachung für die Verachtung der Menschenrechte, die sich Vorfahren von uns schuldig gemacht haben.“ Blüm hatte sich auch zum Leid der Palästinenser geäußert: https://www.youtube.com/watch?v=cmQ_ffwkcRE

RAIF HUSSEIN IM INTERVIEW

[1] Zum Trump-Friedensplan und den Auswirkungen auf Palästina hat Detlef Griesche ein Interview mit dem Politologen Raif Hussein für Weltnetz.tv geführt:

<https://youtu.be/hTptfxS0sP0>

Raif Hussein ist Vorsitzender der Palästinensischen Gemeinde Deutschland (PGD) und war lange Jahre DPG-Vorsitzender.

ZUR STELLUNGNAHME DES RATES DER EKD ZU BDS

[1] Das Kairos Palästina Solidaritätsnetz in Deutschland hat der „Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) angesichts der Debatte um die ‚Boycott, Divestment and Sanctions‘-Bewegung (BDS)“ vom 29.2.2020 widersprochen. Der Rat werfe im Sinn der Propagandaoffensive der Regierung Netanyahu dem gewaltfreien Widerstand der BDS-Bewegung gegen die Besatzung weiterhin Antisemitismus vor, obwohl alle bisherigen Gerichtsbeschlüsse in Deutschland, 200 europäische Jurist*innen, 240 israelische und jüdische Wissenschaftler*innen sowie fünf Sonderbeauftragte des Hohen Kommissars der UNO für Menschenrechte BDS durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit geschützt sehen. **„Damit verstößt die EKD gegen Art. 5 des Grundgesetzes und setzt Gandhi- mit NS-Methoden gleich.“** Der Rat beklage zu Recht, dass die Auseinandersetzungen um das Thema Palästina-Israel immer vergifteter werden. Die EKD **„trägt aber selbst dazu bei, indem sie die gewaltfreie Position von BDS als antisemitisch verleumdet.“** Die EKD wisse, dass alle großen Kirchen in den USA, darunter die lutherischen, reformierten und unitarischen Partnerkirchen der EKD, BDS unterstützen. Sie bleibe eine Antwort schuldig auf die Frage der Kirchen in Palästina, die lautet: **„Welchen anderen Weg würden unsere deutschen Brüder und Schwestern von uns verlangen, um diese historische Ungerechtigkeit zu überwinden, die Entwurzelung unserer Bäume, die Beschlagnahmung unseres Landes, die Zwangsumsiedlung unseres Volkes, die Verleugnung unserer Menschenrechte, die willkürliche Tötung und die Verweigerung der Selbstbestimmung für die Palästinenser und ihr Recht, in Freiheit und Würde, frei von ausländischer Kontrolle und Besatzung zu leben...?“** Zu hoffen sei, **„dass die EKD sich in der Palästina-Israel-Frage nicht wieder wie in den 1970/80er Jahren beim ökumenischen ‚Antirassismusprogramm‘ vom Völkerrecht und aus der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen verabschiedete.“**

GESINE JANSSEN / RÖM



In Bremen haben wieder die wöchentlichen Mahnwachen zu Palästina begonnen.

NEUE DPG-GRUPPE IN MÜNSTER

[1] In Münster wurde eine Regionalgruppe der DPG gegründet. Wenige Tage davor veranstaltete ein Bündnis um Black Lives Matter eine Demonstration gegen die israelischen Annexionspläne.



Demonstration gegen Kolonisierung Palästinas in Münster.

Security Council Open VTC

The situation in the Middle East



Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates halten eine offene Videokonferenz zum Nahen Osten einschließlich der Palästina-Frage ab. Miguel Berger, Staatssekretär im Auswärtigen Amt leitet die Sitzung, 21. Juli 2020, New York

„Annexion würde beide Seiten einer Ein-Staaten-Lösung näher bringen“

UN-Sicherheitsrat tagte am 21. Juli zu Israel/Palästina

Die meisten Staaten halten nach wie vor an einer Zwei-Staaten-Lösung fest. Das hat eine Videositzung des UN-Sicherheitsrates zu Israel/Palästina am 21. Juli erbracht. Ein reaktiviertes Nahostquartett könnte neue Friedensverhandlungen vorbereiten, so der Tenor einer Pressemitteilung des Sicherheitsrates über die Sitzung:

„Die Palästinenser werden Zeuge, wie ihr Traum, eines Tages das Ende der israelischen Besetzung ihres Landes und den Aufbau eines eigenen unabhängigen und souveränen Staates zu erleben, zunichte gemacht wird“, sagte Khalil Shikaki, Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Palestinian Center for Policy and

Survey Research. Im Mai glaubten mehr als drei Viertel der befragten Palästinenser*innen nicht an die Schaffung eines palästinensischen Staates in den nächsten fünf Jahren, stellte er fest. Viele, insbesondere die Jugend, hätte sich für eine Ein-Staaten-Lösung entschieden, eine Lösung, bei der alle Juden und alle Palästinenser*innen die gleichen Rechte haben, sagte er.

Daniel Levy, Präsident des Projekts Vereinigte Staaten/Nahost, forderte das 15-köpfige Gremium auf, neben einer Präferenz für zwei Staaten auch die vollständige Freizügigkeit sowie gleiche und demokratische Rechte für alle, die sich innerhalb des fraglichen politischen und physischen Raums befinden, zu erwägen. Dass es bis zum 21. Juli kei-

ne weitere israelische Annexion im Westjordanland gegeben habe, bedürfe keiner Belohnung, betonte Levy. Die Vermeidung von Kriminalität sei normativ und nicht preiswürdig. Die Fragen der Menschenrechte und der internationalen Legalität dürften nicht länger der Aufrechterhaltung eines Friedensprozesses untergeordnet werden und müssten im Mittelpunkt stehen, fügte er hinzu.

In der anschließenden Diskussion sprach Miguel Berger, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zugleich deutscher Ratspräsident für Juli für die Bundesregierung. Die Zwei-Staaten-Formel bleibe die einzig gangbare Lösung. Eine israelische Annexion von Teilen des besetzten Westjordanlandes hingegen würde beide Seiten einer Ein-Staaten-Realität

näher bringen. Er forderte die Wiederaufnahme direkter und sinnvoller Verhandlungen, bei denen alle Seiten Flexibilität und Offenheit zeigen sollten. Die Reaktivierung des Nahost-Quartetts wäre die beste Option, um das weitere Vorgehen zu erörtern. Er forderte Israel außerdem auf, den Ausbau der Siedlungen, die Beschlagnahme palästinensischen Landes sowie die Zerstörung und Beschlagnahme palästinensischer Gebäude zu beenden.

Die US-Vertreterin sagte, dass Herr Levy und Herr Shikaki zwar ein Recht auf ihre Meinung hätten, dass aber viele ihrer Bemerkungen „Meinungen“ seien. Sie verwies auf die Bedrohungen durch Hamas und den Iran. Einige Staaten hätten den Plan von Präsident Trump abgelehnt, aber niemand habe eine Alternative angeboten, die sowohl realistisch als auch glaubwürdig sei.

Die internationale Gemeinschaft habe die Annexion von Teilen der besetzten palästinensischen Gebiete laut und deutlich abgelehnt, betonte der Vertreter Chinas. Ein solcher Schritt würde die Zwei-Staaten-Lösung gefährden. China unterstütze eine internationale Friedenskonferenz und einen erweiterten multilateralen Friedensmechanismus. Die Stimmen und Anliegen des palästinensischen Volkes und der Länder in der Region sollten beachtet werden, während die Staaten mit Einfluss auf Palästina und Israel unparteiisch bleiben sollten.

Der Vertreter Estlands erklärte, dass sich die Regierung seines Landes unter Berücksichtigung der legitimen Bestrebungen beider Parteien und der Sicherheitsbedenken Israels weiterhin für eine Zwei-Staaten-Lösung auf dem Verhandlungswege einsetzt. Er nahm die Ankündigungen über die Bereitschaft der Palästinensischen Behörde zur Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen sowie den dem Nahost-Quartett unterbreiteten Gegenvorschlag zur Kenntnis.

Die Vertreterin von St. Vincent begrüßte die Bereitschaft der Palästinensischen Autonomiebehörde, die Verhandlungen mit Israel unter der Schirmherrschaft des Nahost-Quartetts wieder aufzunehmen und erklärte, dass direkte Verhandlungen die Aussichten auf eine Zwei-Staaten-Lösung auf dem Verhandlungswege verbessern können.

Dem Sicherheitsrat, dem Quartett und der internationalen Gemeinschaft obliege, keine Mühen zu scheuen, um den israelisch-palästinensischen

Friedensprozess auf der Grundlage einstimmig anerkannter Ideale und Prinzipien wieder in Gang zu bringen, sagte der Vertreter Nigers. Er wies besonders auf die Resolution 1515 (2003) hin, in der die Zwei-Staaten-Lösung verankert ist.

Der Vertreter des Vereinigten Königreichs sagte, dass die Priorität darin bestehen müsse, eine Annexion zu verhindern. Er wiederholte, dass sein Land keine Änderungen der Linien von 1967 anerkennen werde, außer den zwischen beiden Parteien vereinbarten. Jetzt sei es an der Zeit, dass Israel deutlich macht, dass es keine einseitigen Schritte unternehmen wird.

Der Vertreter Belgiens erinnerte daran, dass eine überwältigende Mehrheit des Rates im Juni klar gegen die erklärte Absicht Israels Stellung bezogen habe, Teile des besetzten Westjordanlandes zu annektieren, da sie dies als illegalen Akt betrachtete. In der Tat würde ein einseitiger Beschluss zur Formalisierung einer Annexion, unabhängig von ihrem Umfang, eine eklatante Verletzung des Völkerrechts darstellen, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, die den gewaltsamen Erwerb von Territorium strikt verbietet. Ein solcher Akt würde als null und nichtig betrachtet werden und den Status des Westjordanlandes, das weiterhin besetztes Gebiet bleiben wird, nicht verändern; ebenso wenig würde er die Verpflichtungen Israels als Besatzungsmacht nach dem humanitären Völkerrecht und insbesondere der Vierten Genfer Konvention ändern, sagte er. In Übereinstimmung mit der Position der Europäischen Union werde seine Delegation keine Änderungen der Grenzen von vor 1967, einschließlich Jerusalem, anerkennen, die nicht von den Parteien durch direkte Verhandlungen vereinbart worden seien, fügte er hinzu.

Es sei bedauerlich und skandalös, dass die Besatzungsmacht Israel weiterhin alle rechtlichen Verpflichtungen und die wiederholten Aufforderungen der internationalen Gemeinschaft zur Beendigung der illegalen Besetzung des palästinensischen Gebietes eklatant missachtet, erklärte der Vertreter Tunesiens. Das Land hat vor kurzem einen symbolischen Beitrag zum Budget der UN-RWA angekündigt, um Solidarität mit den Palästina-Flüchtlingen zu zeigen.

Der Vertreter Indonesiens sagte, die formelle Annexion scheine vorerst auf Eis zu liegen, aber die Besetzung gehe weiter. Das Leiden der Palästinenser

ist real und tief, und ohne Pause. Er drängte die internationale Gemeinschaft dazu, Unterstützung für die Wiederaufnahme glaubwürdiger multilateraler Verhandlungen zu mobilisieren, die sich an den international vereinbarten Parametern orientieren, mit dem Ziel, die Zwei-Staaten-Lösung umzusetzen. Der Rat hat die Verpflichtung und die feierliche Pflicht, nicht nur den bösartigen Annexionsplan Israels zu stoppen, sondern auch dafür zu sorgen, dass die Palästinenser ihre lang erwartete Gerechtigkeit erhalten.

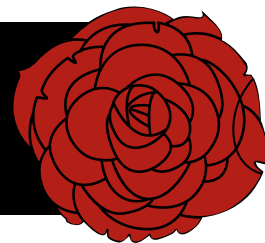
Der Vertreter Frankreichs bekräftigte die Unterstützung seines Landes für die Zwei-Staaten-Lösung und forderte Israel nachdrücklich auf, alle Pläne zur Annexion von Teilen des Westjordanlandes „unabhängig vom Umfang“ aufzugeben. Eine Annexion würde unter anderem die Feinde des Friedens zum Nachteil der Sicherheit Israels und seiner Bemühungen um regionalen Frieden stärken. Sie hätte auch Konsequenzen für die Beziehungen der Europäischen Union zu Israel, sagte er.

Die internationale Gemeinschaft, in erster Linie die Vereinten Nationen, sollte den Ländern helfen, selbst aus der Sackgasse herauszukommen, ausgehend vom Prinzip „do no harm“, betonte der Vertreter der Russischen Föderation. Es gebe keine Alternative zu einer friedlichen Koexistenz zweier Staaten, Palästina und Israel, sagte er und fügte hinzu, dass Fragen des endgültigen Status durch direkte Verhandlungen zwischen den beiden Seiten gelöst werden müssten. Solche Verhandlungen sollten so bald wie möglich beginnen.

Der Vertreter Vietnams begrüßte die jüngste Erklärung von Präsident Abbas, dass die Palästinensische Autonomiebehörde bereit sei, die seit langem festgefahrenen Friedensgespräche mit Israel wieder aufzunehmen und betonte, dass die einzige Option auf dem Weg zum Frieden dort eine Zwei-Staaten-Lösung sei.

Es sprachen auch die Vertreter Südafrikas, Israels und des Staates Palästina. Über die Inhalte ihrer Reden wurde in der Pressemeldung nichts veröffentlicht.

Weltweite Solidarität



Deutschland

DGB NIMMT KEINE STELLUNG

Die AG Palästina/Israel in der GEW Rhein-Neckar-Heidelberg hat den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann und die Vorsitzenden der DGB-Mitgliedsgewerkschaften aufgefordert, eindeutig gegen die geplanten israelischen Annexionen in der Westbank Stellung zu nehmen. Eine Antwort darauf hat sie, nach Auskunft der Sprecherin der Gruppe, nicht erhalten.

STAATSRATION

„Die deutsche Israelpolitik auf dem Prüfstand – behindert die deutsche ‚Staatsraison‘ den Frieden in Israel/Palästina?“ war der Titel einer KoPI-Konferenz Ende Januar in Berlin. In der Abschlusserklärung heißt es:

„Wir erwarten, dass die Bundesrepublik aufhört, die militärische Konfrontation durch Waffenlieferung in die Nahost-Region zu perpetuieren.“

Die Palästinenser*innen müssen endlich die vollen Menschenrechte erhalten, sei es in einem eigenen Staat oder sei es in einem demokratischen Staat Israel. Die Besatzung muss beendet werden. Die Bundesregierung sollte, um die politische Gleichberechtigung der zwei Völker international voranzubringen, Palästina als Staat anerkennen, wie dies bereits Schweden und 138 weitere UN-Mitglieder getan haben.

Mit dem Ziel einer stabilen, international abgesicherten Friedensordnung sollte sich die Bundesregierung für die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone, bzw. einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen in der gesamten Region einsetzen.

In Deutschland fordert KoPI, dass die durch Parlamentsbeschlüsse herbeigeführten Einschränkungen der freien Meinungsäußerung und die Behinderung der Versammlungsfreiheit aufgehoben werden.

KoPI fordert zivilgesellschaftlichen Widerstand und konsequentes rechtstaatliches Vorgehen gegen jede Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus sowie Anfeindungen asylsuchender Menschen. Volksverhetzung und Nötigung und erst recht direkte Gewaltanwendung sind gravierende Straftatbestände und müssen konsequent verfolgt und unterbunden werden.

<https://www.kopi-online.de/wordpress/?p=4464>

KAIROS-AKTION VOR BISCHOFSSITZEN

Mit Mahnwachen in über 20 Städten haben Kairos-Initiativen in Deutschland am 26. Juni 2020 vor den Sitzen der Bischöfe, Kirchenpräsidenten und anderen Amtsträgern der verschiedenen Konfessionen Mahnwachen veranstaltet und Protestbriefe übergeben. Darin wird den Fragen nachgegangen: Was heißt es politisch für die internationale Gemeinschaft, wenn Israel (zusammen mit den USA) immer offensichtlicher das Völkerrecht mit Füßen tritt und immer mehr zu einer ungeregelten Politik der Stärke übergeht? Und was heißt es theologisch, wenn ein Teil der Bevölkerung entrechtet und beraubt wird und diese Politik mit religiösen Argumenten begründet wird?

UNTERSTÜTZUNG GEGEN VERLEUMDUNG

Das Berliner Kammergericht hat ein fragwürdiges Urteil gefällt. Arye Sharuz Shalimar, seit 2017 Mitarbeiter der israelischen Regierung attackierte in seinem Buch „Der neu-deutsche Antisemit: Gehören Juden heute zu Deutschland?“ den 81-jährigen Nahosthistoriker Reiner Bernstein: **„Bernstein ist ein selbsthassender Jude.“** Dagegen ist Bernstein juristisch vorgegangen. (Bernstein ist kein Jude; er ist jedoch mit einer in Jerusalem geborenen Jüdin, Enkelin von Shoah-Opfern, verheiratet.) Das Berliner Kammergericht hat in zweiter Instanz Bernsteins Klage mit der Begründung abgewiesen, es handele sich um zulässige Meinungsäußerungen. Das Gericht hat sich dabei u.a. auf die Anti-BDS-Erklärung der Bundestagsmehrheit vom 17. Mai 2018 berufen. Für seinen weiteren juristischen Kampf hat Bernstein große Unterstützung erhalten.

Indien

CORONA-SCHUTZ FÜR PALÄSTINENSISCHE GEFANGENE GEFORDERT

Das Indisch-palästinensische Solidaritäts Netzwerk (IPSN) protestierte gegen die Entscheidung des israelischen Obersten Gerichtshofes, dass palästinensische Gefangene kein Recht auf sozialen Abstand und damit Schutz gegen den Corona-Virus haben während er kriminellen Gefangenen zugestanden wird.

INDO-PALESTINE SOLIDARITY NETWORK (IPSN)

Großbritannien

PENSIONS-FONDS RAUS AUS SIEDLUNGEN

In Großbritannien hat das Oberste Gericht entschieden, dass die Regierung Kommunalverwaltungen nicht länger verbieten darf, ihre Pensionsfonds aus Firmen zurückzuziehen, die die israelische Besatzung unterstützen oder die von der britischen Rüstungsindustrie profitieren. Das bedeutet, dass es legal ist, BDS-Kampagnen durchzuführen, um die illegale völkerrechtswidrige Besatzung in Palästina zu kritisieren und die Menschenrechte einzufordern.

PARLAMENTARIER*INNENPROTEST GEGEN TRUMP-PLAN

133 Mitglieder des britischen Parlaments haben Premierminister Boris Johnson aufgefordert, sich dem neuen US-„Friedensplan“ zu widersetzen, sein „welcome“, gegenüber dem Trump-Plan zu überdenken und Maßnahmen dagegen zu entwickeln.

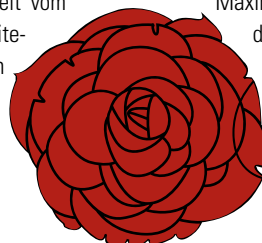
PROMIS WOLLEN BANN VON SIEDLUNGSWAREN

Mehr als 100 Prominente fordern Sanktionen gegen Israel für dessen Plan zur Annexion von palästinensischem Land. Sie fordern einen Bann für den Verkauf von Produkten aus den Siedlungen und die Beendigung des Waffenhandels mit Israel. Unter den Unterschriften findet man Jeremy Corbyn, früherer Labour-Führer, die Schauspielerinnen Maxine Peake, den Musiker Brian Eno,

die Juristen Ian Lavery, Caroline Lucas, John McDonnell, Bell Ribeiro-Addy und Zarah Sultana, den Gewerkschafter Len McCluskey und die Filmemacher Mike Leigh und Ken Loach.

STUDIERENDENPROTEST

Studierende am Kings College in London fordern von ihrer Universität, dass sie die engen Beziehungen zum israelischen Institut für Technologie, dem Technion, aufgibt. Das Technion habe enge Verbindungen zum israelischen Militär und spiele eine führende Rolle in der Entwicklung von Militärtechnologie, die zur Unterdrückung von Palästinenser*innen eingesetzt werde.



USA NOA PROTESTIERT GEGEN VERTREIBUNG

【 】 Der internationale Superstar Achinoam Nini (NOA), eine Unterstützerin des Jüdischen Nationalfonds in den USA, hat die Vereinigung aufgerufen, die palästinensische Sumarin-Familie in Ostjerusalem/Silwan nicht aus ihrem Haus zu vertreiben: „Es tut mir weh, dass wir, das jüdische Volk, das so sehr und so schrecklich in der Geschichte als Minderheit in den Händen jener, die über uns herrschten, gelitten haben ... uns gegenüber Minderheiten, die unter unserer Kontrolle sind, genauso verhalten ...“, schrieb sie auf Facebook.

PROTEST GEGEN MICROSOFT

【 】 Microsoft ist Geldgeberin einer israelischen Firma, die die Gesichtserkennungssoftware Any-Vision nutzt, um heimlich Palästinenser*innen zu überwachen und dadurch deren Grundrechte verletzt. Dagegen protestieren Microsoft-Mitarbeiter*innen zusammen mit der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden.

INTERNATIONAL

Schweiz AXA: SCHLUSS MIT APARTEID-FINANZIERUNG

【 】 Schweizer Aktivist*innen haben das Versicherungsunternehmen AXA aufgefordert, seine Finanzierung der israelischen Apartheid zu beenden. AXA habe – ungeachtet ihres Anspruchs auf soziale Verantwortung – die Investitionen in drei israelische Banken, die Israels illegale Siedlungen finanzieren, fast verdreifacht.

International PROTEST GEGEN ANNEXION

【 】 Weltweit haben zahlreiche Mahnwachen und Protestkundgebungen gegen die drohende Annexion von Teilen des Westjordanlandes stattgefunden von Bielefeld (Die Linke), Bremen (Nahost-AK), über Wien, (Frauen in Schwarz), bis Tel Aviv, wo sich mehrere Tausend versammelt hatten.



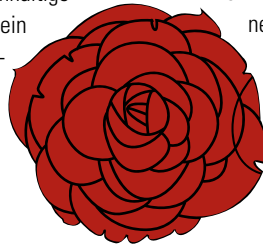
*Für ihre Grenzsicherung will die EU Drohnen aus Israel einsetzen, derselbe Drohnentyp, der im Gazastreifen bereits gegen Palästinenser*innen eingesetzt wurde. Dagegen protestiert ein europäisches Bündnis von Menschenrechts-, Flüchtlings- und Friedensinitiativen.*

ÜBERFALL AUF DIE GAZA-FLOTTILLE

【 】 Zum zehnten Mal jährte sich der Überfall auf die Mavi Marmara. Am 31. Mai 2010 enterte die israelische Marine in internationalen Gewässern sechs mit Hilfsgütern für den Gazastreifen beladene Schiffe. Neun Aktivisten wurden dabei erschossen, ein weiterer verstarb später. Die fünfköpfige Delegation aus Deutschland an Bord der Mavi Marmara waren MdB Annette Groth, MdB Inge Höger, Prof. Dr. Norman Paech, Matthias Jochheim (stellvertretender Vorsitzender der IPPNW) und Nader El Sakka (Palästinensische Gemeinde Deutschland). Ziel war auf die völkerrechtswidrige Blockade aufmerksam zu machen, die Israel 2007 über den Gaza-Streifen verhängt hatte.

KIRCHEN LEHNEN TRUMPS PLAN AB

【 】 Der Weltkirchenrat und der Lutherische Weltbund (LWB) kritisieren den von der US-amerikanischen Regierung vorgelegten Nahost-Plan. Der Plan sei keine reale, nachhaltige und gerechte Lösung, sondern ein Ultimatum, erklärte der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Olav Fykse Tveit, und forderte die Regierungen anderer Staaten auf, dem Konzept nicht zuzustimmen.



Der US-Plan sei ohne eine Beteiligung der betroffenen Palästinenser erstellt worden, und mit ihm würden die Vorgaben Israels verfolgt.

Der Lutherische Weltbund erklärte, dass Frieden nie einseitig verhängt werden könne. Der LWB rief die Staatengemeinschaft dazu auf, sich weiter für die Achtung internationaler Gesetze, für multilaterale Kooperationen und Verhandlungen einzusetzen.

Der Vatikan hatte, um seinen Protest gegen die Annexionspläne kund zu tun, den israelischen und den US-amerikanischen Botschafter im Vatikan zum Gespräch gebeten.

Die beiden kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt und Misereor kritisieren den Nahost-Plan von US-Präsident Donald Trump gemeinsam mit ihren israelischen und palästinensischen Partnerorganisationen.

Der Ende Januar von Trump vorgestellte Plan zur Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinenser*innen sei eine Absage an das Völkerrecht. Er spricht dem palästinensischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung faktisch ab.

KEINE ISRAELISCHEN DROHNEN FÜR DIE EU-ANTI-MIGRATIONS POLITIK

<https://petition.stopthewall.org>



"Es ist schrecklich zu sehen, dass die gleichen israelischen Drohnen, die entwickelt wurden, um uns in Gaza zu töten, von der EU gegen Migrant*innen eingesetzt werden."



"Bitte unterschreibt, damit die

Beteiligung an diesen Verbrechen gestoppt wird!"

Ayah AlGhazzawi, Gaza

LIBANON-FILM // FLÜCHTLINGSLEBEN

【 】 Alltag in palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon, Menschen gehen ihrer Routine nach. Sie arbeiten im Haus, in Fabriken, in Werkstätten, im Kampf, im Büro, am Meer. Sie erzählen von ihrem Leben und ihren Träumen. Wir hören Lieder und Geschichten aus dem Radio. Alles vermischt sich zum einem wahrhaftigen Bild surrealer Wirklichkeit.

Der Film wurde 1981 gedreht und erst 1987 fertiggestellt. Nach den Massakern von Sabra und Shatila

vom Sommer 1982 ließ der Regisseur das Material liegen, da er nicht wusste, ob die Menschen, die sich ihm so sehr geöffnet hatten noch am Leben waren.

MEC-FILM

Der Traum (al-Manam)

Dokumentarfilm, Mohamad Malas, Syrien 1987, 45 min, Arabisch mit div. UT-Fassungen

BUCH // AUTHENTISCHER EINBLICK

【 】 Dieses als Tagebuch konzipierte Buch bietet einen einzigartigen persönlichen authentischen Einblick in das Alltagsleben in Gaza unter den Bedingungen jahrzehntelanger Abriegelung, nicht enden wollender Kriege. Zur Sprache kommen die täglichen Bedrohung durch die Besatzungsmacht durch jederzeit agierendes israelisches grenznahes Militär, die Hoffnungen nach den Oslo-Abkommen und später nach Räumung der israelischen Siedlungen sowie die Auswirkungen der internen palästinensischen Machtkämpfe zwischen Fatah und Hamas. Es beschreibt zudem die sozialen und familiären Struktu-

ren aus der Sicht einer jungen deutschen Frau, die in Berlin einen Palästinenser kennenlernte, heiratete und mit ihm zu seiner Familie nach Gaza zog. Nach 20 Jahren in einer ihr fremden Kultur mit eher patriarchalen und religiös bestimmten Strukturen kehrte sie mit ihren drei Kindern nach Berlin zurück.

DETLEF GRIESCHE

Kerstin Winge

One Way. Berlin – Gaza. Als Deutsche im Gazastreifen

Abacus -Verlag, Hamburg 2019

BUCH // FRIEDENSWILLE DES PIANISTEN

【 】 Aeham Ahmad wuchs in Yarmouk/Damaskus in einer Musikerfamilie auf, studierte Musikpädagogik und arbeitete als Musiklehrer bis er 2015 vor dem IS nach Deutschland flüchtete. Er wurde bekannt als der „Pianist aus den Trümmern“, da er vor seiner Flucht mitten in den Trümmern seiner Stadt mit seinem Klavier auf Rädern durch die zerbombten Straßen zog und vor allem vor Kindern spielte und sang. 2015 bekam er den Beethovenpreis für Menschenrechte. Über YouTube Filme und seine Konzerte wurde er zu einer Symbolperson für Friedenswillen in Syrien und der Welt.

Sein Buch ist ein beeindruckendes Zeugnis für gewaltfreien Widerstand und Zuversicht. Die Lektüre

bietet dem Leser Eindrücke in ein Syrien, das weitgehend unbekannt ist. Aeham schildert, wie der Krieg begann und die Leute, Freunde und Nachbarn der Belagerung trotzten und ums Überleben kämpften. Die Botschaft seines bemerkenswerten Buches soll vermitteln, dass man sich nicht besiegen lassen soll, nicht Hass und Zerstörung soll am Ende triumphieren, sondern das Leben und die Menschlichkeit.

DETLEF GRIESCHE

Aeham Ahmad:

Die Vögel werden singen. Ich, der Pianist aus den Trümmern
S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2017

BUCH // DEMOKRATISCHER HUMANISMUS

【 】 Omri Boehm ist einer der bedeutendsten neueren israelischen Forscher und Philosophen. Er besitzt die deutsche und die israelische Staatsbürgerschaft, wurde in Haifa (Israel) geboren, hat in München und Berlin geforscht und lebt heute in den USA, wo er eine Professur für Philosophie an der New School for Social Research inne hat. Eva Illouz schrieb über ihn, „sein Blick verfügt über die Schärfe des Fremden und das Mitgefühl des Zugehörigen. Dieser Doppelcharakter verleiht seiner Position ungewöhnliche moralische Kraft und gedankliche Klarheit.“ Omri Boehm plädiert dafür, angesichts der nicht nur aus seiner Sicht gescheiterten Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina über eine aktuell eher unwahrscheinliche Variante der Einstaatlichkeit nachzudenken und entwirft die Vision eines ethnisch neutralen Staates, der seinen nationalen Gründungsmythos überwindet und so eine Zukunft fände, in der die Menschenrechte für alle Bürger*innen gelten und gleiche demokratische Grundrechte realisiert werden. Allerdings formuliert Boehm seine Vision nicht ohne einen kritischen Blick auf die aktuellen Diskurse sowohl in Israel als auch in Deutschland über einen entgrenzten Antisemitismusbegriff und daraus fol-

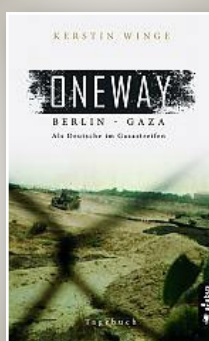
gende Versuche kritische Dialoge zu verunglimpfen. Für ihn ist der „letztliche Sieg der Demokratie keine Frage der Natur oder der Geschichte und aus diesem Grunde nicht zwangsläufig.“ Da er nur „durch öffentliches politisches Handeln“ erreicht werden kann, sei er deshalb auch „alles andere als gesichert.“ Darum sei es in der aktuellen Debatte auch besonders wichtig, „sich der Tendenz zu widersetzen, Israel als einen gleichsam der Kritik enthobenen Staat zu behandeln.“ Er resümiert, dass über „Israels Gegenwart und Zukunft nachzudenken wohl oder übel zu einem unabdingbaren Teil unseren gemeinsamen Lebens“ gehört. Deutsche müssten sich schmerzhaft Fragen stellen und sich der „einzigen relevanten und bislang politisch unbeantworteten Frage“ stellen: wie nämlich Israel unterstützt werden kann, „ohne sich auf die obsolekte Zweistaatenlösung zurückzuziehen und ohne das israelische Drängen auf einen ethnischen Nationalismus gutzuheißen.“

DETLEF GRIESCHE

Omri Boehm

Israel – Eine Utopie

Propyläen -Verlag, Berlin 2020





BROSCHÜRE // ABRECHNUNG MIT DER LINKEN

【 1 Unter „wissenschaftlicher“ Tünche verpackt, handelt es sich bei dieser Broschüre vor allem um eine ideologisch konstruierte Abrechnung mit der politischen Linken. Quer durch die verschiedensten historischen und aktuellen Strömungen der Arbeiterbewegung bis hin zu Globalisierungskritikern, christlich-pazifistischen Menschenrechtsgruppen, Sozialdemokraten, Linkspartei, IG Metall und Verdi, so der Autor, transportiere deren – durchaus unterschiedliche – Kapitalismuskritik entweder offene Judenfeindschaft oder zumindest eine „bedenkliche Nähe“ dazu. Desgleichen ihre Sicht des „Israel-Palästina-Konflikts“, der statt einer differenzierten Analyse pauschal nur zwischen dem imperialistisch-rassistischen Bösen, dem Zionismus, und dem reinen Guten, dem palästinensischen Volk unterscheide. In der Broschüre, die nach Aussage des Hrsg. zum „Schutz

der Würde aller Menschen“ beitragen soll, sucht man vergeblich nach Fakten und Aussagen zu Sozialnot, Massenarbeitslosigkeit, Rüstung, Kriegstreiberei und Klimakrise, Vermögenskonzentration und Steuerhinterziehung. Die schreckliche Unterdrückung der Palästinenser*innen durch die israelische Staatspolitik und ihre Unterstützer in USA und EU und die berechtigte Kritik daran von der UN bis hin zur Friedens- und Menschenrechtsbewegung – auch aus Israel selbst – sind dem Autor keine Silbe wert. Das Bundesfamilienministerium fördert so etwas auch noch mit Steuergeldern!

HERMANN DIERKES

Baustein 8: **Antisemitismus von Links – Facetten der Judenfeindschaft**, Hrsg. Bundeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage, Berlin, 2019



BUCH // MIT 108 NACH UNGARN

【 1 Der Roman ist Wellbers literarisches Debut. Der 1981 in Israel geborene Dirigent ist ein internationaler Star, gefördert von Daniel Barenboim. Dass sich in Israel kein Verlag für seinen nun in Deutschland erschienenen Roman fand, sieht der Autor selber als surreal an und als Symptom für die Veränderungen in Israel seit seiner Jugend in Beer Sheva. Man kann ahnen, welche schlimme Zukunft der Autor für Israel heraufziehen sieht, nachdem vor allem durch die letzten 20 Jahre unter Netanjahu die früheren Ideale linker Reformwilliger so gut wie verschwunden sind und dies schon im Alltag durch veränderte Sprache und den Umgang untereinander deutlich wird. Die Titelfigur Chaim Birkner ist 108 Jahre alt und der älteste Mann Israels. Er feiert dies nicht, sondern „steigt aus seinem Land aus“, beschließt nach Ungarn zurück zu

gehen, in das Land, aus dem er floh, in die Wohnung seiner Eltern, die er nie verkaufen konnte. Dorthin „retteten“ sein Vater und er 1941 zwei Thorarollen aus der Synagoge. Die Geschichte springt durch die Zeiten und Perspektiven, so dass ein Panorama mit Szenen auftaucht, die „neuartig“ für Israel sind. Chaim ist ein „Durchkommer“ ohne Eigenwillen, dem alles geschieht, das Gegenbild eines Helden. Es wird ein Mann gezeichnet, der angesichts der Geschichte und aktuellen Entwicklung Israels verzweifelt. Es ist quasi eine Geschichte Israels, die so nie erzählt wurde.

DETLEF GRIESCHE

Omer Meir Wellber
Die vier Ohnmachten des Chaim Birkner
Berlin Verlag in der Piper Verlag GmbH, München/ Berlin 2019



BUCH // ISLAMISCHE BEWEGUNGEN IN PALÄSTINA

【 1 Raif Hussein wurde als Palästinenser in Israel geboren und studierte in Politikwissenschaft und Soziologie in Hannover. Er arbeitet als Consultant und beriet bei den letzten Wahlen in Israel den Zusammenschluss der gemeinsamen Palästinensischen Liste. Von 2001-2009 war er Vorsitzender der NAJDE Soziale Hilfsorganisation für die Palästinenser, von 2008-2016 Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. (DPG), seit 2010 ist er Vorsitzender der Palästinensischen Gemeinde Deutschland (PGD). Die Basis seines Buches ist seine 2019 abgeschlossene Dissertation. Raif Hussein erweist sich in dieser Publikation als Experte über die historischen Voraussetzungen für die Entstehung der zeitgenössischen islamischen Bewegung, um vor diesem Hintergrund die Gründung der Muslimbruderschaft in Palästina zu thematisieren. Er zeichnet die ideologische und politische

Entwicklung der HAMAS vom Absolutismus zum Pragmatismus nach und erörtert die auch in unseren Medien oft sehr oberflächlich beschriebenen Positionen zu einem möglichen Friedensprozess. Insbesondere wird das innerpalästinensische Verhältnis zu den anderen Gruppierungen in Gaza und zur Palästinensischen Autorität hinterfragt und differenziert über die Wahlen, die Putsche und die Kriege mit Israel diskutiert. Wissenschaftlich fundierte Aussagen sind unterfüttert mit seinem in jahrzehntelanger politischer Praxis angesammeltem Insiderwissen.

DETLEF GRIESCHE

Raif Hussein
„Der politische Islam in Palästina – Am Beispiel der Islamistischen Bewegung HAMAS“
Shaker Verlag, Düren 2019



BUCH // KLEINES KUNSTWERK

【 1 „Rückkehr nach Haifa“ ist ein kleines Kunstwerk. Klein, weil der Roman nur 96 Seiten umfasst und Kunstwerk, weil es dem Autor gelungen ist ein vielschichtiges Werk zu verfassen, das weit über die erzählte Geschichte hinaus wirkt. Es geht um das, was jeder Krieg mit sich bringt, die Flucht und Vertreibung der Zivilbevölkerung und um die Jahre danach, in denen Flüchtlingen, die Rückkehr verwehrt wird. Said S. und seine Frau Safija sind jung verheiratet und haben eine Wohnung in Haifa gemietet. Seit kurzem sind sie glückliche Eltern. Dann rücken die Gefechte näher, und sie müssen die Stadt verlassen –

ohne ihr Kind. Erst 20 Jahre später können sie Haifa wieder besuchen. Sie entscheiden sich, diese schwere Reise auf sich zu nehmen. Ihre Wohnung gibt es noch ... Der Roman wirft existenzielle Fragen auf, nach Prägung und Herkunft und Fragen nach persönlicher Schuld oder nach dem Ausgeliefertsein politischer Konstellationen.

WILTRUD RÖSCH-METZLER

Ghassan Kanafani
Rückkehr nach Haifa
Roman aus Palästina, Aus dem Arabischen von Hartmut Fähndrich
Lenos Verlag, Paperback, 2018 (Original 1970)

Mein Vater

Ich wurde zu einer Zeit geboren, als die Menschen glaubten, dass die israelische Besatzung bald vorbei sein würde. Nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens war mein Vater zuversichtlich, dass es bis zu meinem Schuleintritt keine israelische Besatzung mehr geben würde. Lange Jahre sind vergangen. Ich bin jetzt 23 Jahre alt und wurde gerade als Anwältin zugelassen. Aber mein Vater, Munther Amirah, sitzt jetzt in einem israelischen Gefängnis.

GHAIDA AMIRAH

wohnt im Aida Flüchtlingscamp in Betlehem. Sie hat ihren Abschluss in Rechtswissenschaft an der Al Ahliyya Universität Palästina gemacht. Spezialisieren möchte sie sich auf humanitäres Völkerrecht.

Am 6. Juni 2018 wurde der palästinensische Aktivist und Menschenrechtsverteidiger Munther Amirah nach Angaben von Amnesty aus dem Hadarim-Gefängnis in Israel freigelassen, nachdem er zuvor seine Gefängnisstrafe abgesessen hatte. Munther Amirah war am 12. März zu sechs Monaten Haft, fünf Jahren Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt worden. Er wurde aufgrund von Anklagepunkten verurteilt, die sich auf seine friedliche Teilnahme an Protestveranstaltungen beziehen.

Der Beitrag erschien 2018 auf dem israelischen Nachrichtenblog +972. Die deutsche Übersetzung erschien in den Palästina Nachrichten.



Brief

Mein Vater arbeitet als Koordinator des Bürgerwiderstandskomitees (PSCC) und ist der ehemalige Generalsekretär der palästinensischen Gewerkschaft der Sozialarbeiter und Psychologen. Israelische Soldaten verhafteten ihn vor über einem Monat in Betlehem, weil er gegen die Entscheidung der USA demonstrierte, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen. Seither hält ein israelisches Militärgericht meinen Vater im Gefängnis, obwohl sie keine der haltlosen Vorwürfe gegen ihn beweisen konnten.

Verständlicherweise wird Israel die wahren Gründe für seine Festnahme nicht nennen. Sie wissen, dass mein Vater in allen Anklagepunkten unschuldig ist, aber wollen, dass er und alle Palästinenser die systematische Verweigerung unserer Rechte akzeptieren. Israel geht weiterhin scharf gegen jeden Palästinenser vor, der sich widersetzt und gegen die Besatzung in irgendeiner Form kämpft: sei es durch Anwendung des Völkerrechts, durch Förderung von BDS oder einfach durch Demonstrationen auf der Straße. Im Fall meines Vaters sendet das israelische Militärgericht eine Einschüchterungs-Botschaft an diejenigen, die ihr Apartheid-Regime herausfordern und auf die Straße gehen – sogar gewaltfrei – um für Freiheit und Gerechtigkeit zu demonstrieren.

Der Militär Richter war sicherlich irritiert, als mein Vater erklärte, dass Betlehem nach dem Völkerrecht nicht zu Israel gehört und er daher nicht ihre Erlaubnis brauchte, gegen Trumps Entscheidung zu demonstrieren. Ich bin mir auch sicher, dass der Richter ebenso verärgert war, als mein Vater sagte, dass Israels Besatzung nur zu mehr Gewalt ermuntert. Nach langen Verhören, die bei meinem Vater mit Schlafentzug einhergingen, waren diejenigen, die seine Inhaftierung angeordnet hatten, sicherlich von seinen hohen Wertvorstellungen frustriert, die er selbst noch zeigte, als er vor Gericht gestellt wurde.

Mein Vater tut, was jeder in einer Situation der Ungerechtigkeit tun sollte: Widerstand dagegen zu leisten. Aber es ist für uns nicht immer leicht, die Risiken hinzunehmen, die er für seine Freiheit und sein Leben eingeht. Eigentlich sollte er zum Zeitpunkt seiner Festnahme im Krankenhaus sein: Er hatte aufgrund einer schweren Infektion Fieber und leidet obendrein an Bluthochdruck. Obwohl er die Risiken einer Demonstration kannte, glaubte er fest daran, dass es seine Pflicht sei, trotz seiner körperlichen Verfassung teilzunehmen.

Meine Mutter ist sehr stark, und sie hat meinen vier Geschwistern und mir geholfen, hoff-

nungsvoll zu bleiben. Die jüngeren, Youmna, 12, und Mohammad, 8, sind sehr besorgt, wann sie ihn wieder umarmen können. Sie verstehen, dass wir unter einer autoritären Besatzung leben, aber sie begreifen nicht, wie die Teilnahme an einer Demonstration ein Grund für die Festnahme unseres Vaters sein könnte.

Youmna und Mohammad besuchen die Schule im Salesianer-Kloster von Cremisan, das in einem wunderschönen Tal liegt, in dem Israel seine Siedlungen ausbaut und die Annexionsmauer errichtet. Vor einigen Jahren hat ein dort ansässiger Priester beschlossen, dagegen zu demonstrieren, indem er jeden Freitag eine Open-Air-Messe veranstaltet. Und so begleiteten wir meinen Vater, um für Gerechtigkeit und Frieden zu beten. Erfahrungen wie diese haben mich dazu gebracht, meinen Vater noch mehr zu bewundern – uns zu lehren, dass jeder eine Aufgabe in unserem Kampf für die Freiheit hat. Dazu gehörte ein Muslimin wie ich, die sich einem christlichen Gebet anschloss, und das haben wir auch bei den Demonstrationen für die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem im vergangenen Juli gesehen, als Christen sich muslimischen Gebeten anschlossen.

Während die Vereinigten Staaten unser Volk mit Sanktionen bedrohen, und während Europa weiterhin Israel verwöhnt, bleibt der Besatzer zuversichtlich, dass er keinen Preis dafür zahlen wird. Ungeachtet dessen wird die israelische Besatzung nicht in der Lage sein, unsere Würde zu korrumpieren oder unseren Willen zu brechen.

Nach einem Leben unter der israelischen Besatzung wird diese Erfahrung meinen Vater nur stärker machen. Die israelische Besatzung denkt, dass mein Vater, ein gewaltloser Aktivist, eine Bedrohung für ihr Apartheidssystem darstellt, weil er Hoffnung in unserer Gesellschaft verbreitet. Es ist seinen Lehren zu verdanken, dass ich danach strebe, Menschenrechtsanwältin zu werden – und wir werden weiterhin unsere Gemeinschaften organisieren, demonstrieren und kämpfen, bis Palästina frei ist.

Als ich geboren wurde, bereiteten sich alle auf einen unabhängigen Staat vor. Ich weiß nicht, ob die Freiheit bald kommt oder nicht. Aber ich habe von meinem Vater gelernt, dass wir das Recht haben, unsere Rechte zu verfolgen. Betrachten Sie dies als ein Zeugnis einer stolzen Tochter, deren Vater sich in einem israelischen Gefängnis befindet, wegen des „Verbrechens“, zu glauben, dass Palästina frei sein wird.



FOTO / URSULA MINDERMANN

Munther Amirah

© NORBERT MIGULETZ

Forensic Architecture; The Bombing of Rafah, 2014, Video, 09:05 Min., Loop, 3D-Modell, 70 x 30 x 30 cm, commissioned by Amnesty International



ZUR INSTALLATION „THE BOMBING OF RAFAH“

Der 1. August 2014 ist der fatalste Tag des gesamten Gaza-Krieges in der Stadt Rafah. Im Zuge ihrer Ermittlungen zum Bombardement von Rafah wurde Forensic Architecture der Zutritt zu den vom Bombardement betroffenen Gebieten verweigert, weshalb sie sich auf eine rein digitale Analyse von tausenden von Bildern aus den sozialen Netzwerken und anderen Quellen beschränken mussten. Durch eine Auswertung dieser Bilderflut ließen sich die Geschehnisse des Tages rekonstruieren. Durch die unterschiedlichen Ebenen wird es möglich, etwas nicht wirklich Greifbares – wie die Rauchwolke einer Bombendetonation – greifbar zu machen und aus ihr Informationen auszulesen. Die Installation ist derzeit in Mainz zu sehen.

AUSSTELLUNG „ENTER THE VOID“ IN DER KUNSTHALLE MAINZ

„Voids“ sind Leerstellen. Sie legen Zeugnis über Ereignisse, Eingriffe und Angriffe ab. Sie können sich auch auf Wissens- oder Wahrnehmungslücken beziehen, auf Informationen, die wir nicht zu sehen, hören, verstehen oder einzuordnen in der Lage sind. Wie kann man etwas zeigen, für das es – augenscheinlich – keine Beweise gibt? Diese Frage beschäftigt das Forscher*innenkollektiv Forensic Architecture vom Goldsmiths College der University of London. Die Ausstellung in Mainz ist noch bis zum 1. November 2020 zu sehen.

EYAL WEIZMAN

Das US Department of Homeland Security hat dem in London lebenden Direktor der Künstler*innengruppe Forensic Architecture, Eyal Weizman, im Februar 2020 die Einreise zur Eröffnung seiner Ausstellung am Miami's Museum of Art and Design, verweigert.